

Posener Zeitung.

Zweihundsechzigster

Jahrgang.

Inserate

1/4 Sgr. für die fünfgepalte-
tene Zeile oder deren Raum,
Reklamen verhältnismäßig
höher, sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24 1/2 Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Annoncen-Annahme-Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Solowicz, Markt 74 und Hrn. Arupski (C. S. Alrici & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstraßen-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streisand und Herrn P. Kempner; in Bromberg C. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Sassenstein & Fogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Reiter, Schloßplatz; in Breslau, Rassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sasse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Paube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Die Posener Zeitung eröffnet für die Monate Februar und März ein besonderes Abonnement. Der Abonnementspreis beträgt für Posen in der Expedition und bei den Kommanditen 1 Thlr. 5 Sgr., für auswärts inklusive Postporto 1 Thlr. 15 Sgr. Bestellungen von auswärts auf zweimonatliche Abonnements sind direkt an die Expedition zu richten.
Expedition der Posener Zeitung.

Der Gesezentwurf,

betreffend den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerke und selbstständigen Gerechtigkeiten,

ist in der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung gelangt. Zum Verständnis der Debatten geben wir hier einen übersichtlichen Auszug aus dem 79 §§ umfassenden Gesetze. Die Wirksamkeit des Gesetzes ist auf die Landestheile berechnet, in welchen das allgemeine Landrecht und die Hypothekenordnung vom 20. Dezember 1783 gilt, mit Ausschluß der Provinz Hannover, und sein Zweck ist es, hier eine Reihe von juristischen Kontroversen und damit die Anlässe zu einer unendlichen Zahl von Prozessen und Differenzen für die Zukunft abzuschnellen. Außerdem aber soll mit vielen, bisher gültigen Rechtsbestimmungen gebrochen werden, welche mit den gegenwärtigen Bedürfnissen des Geld- und Kreditverkehrs nicht mehr in Einklang stehen und die Entwicklung des Hypothekenrechts auf eine kommerziellen Kredit entsprechende Höhe hemmen. Zu den Änderungen, welche hier eingeführt werden sollen, gehört namentlich die Aufhebung der Bestimmungen, welche zur unerlässlichen Voraussetzung jedes hypothetischen Rechts die vorgängige Existenz eines Forderungsgeldes machten.

Jetzt soll es auch dem Grundeigentümer gestattet sein, auf seinen eigenen Namen, ohne daß mithin ein Schuldverhältnis besteht, sich zum Zweck der Forderungsbefreiung Hypotheken eintragen zu lassen. Dadurch erhält der Hypothekenbesitzer eine ganz veränderte Grundlage; der Hypothekenbrief wird zu einer Art Inhaberpapier gleich den Eisenbahn-Prioritätsobligationen und verglichen, und die Kreditbeschaffung wird wesentlich erleichtert. Eine nicht minder wichtige Änderung ist die Beseitigung des sogenannten Legalitätsprinzips, der richterlichen Befugnis und Verpflichtung zur Prüfung der Rechtsbefähigung der von den Parteien vorgenommenen Rechtsgeschäfte, auf Grund deren eine Eintragung oder Löschung im Hypothekenbuch beantragt wird. Der Entwurf enthält wesentliche Verbesserungen sonach des in den altpreussischen Provinzen, sowie auch in den neuen Landesteilen Kurhessen, Nassau, Schleswig-Holstein gültigen Rechts, in welchen letzteren bisher das mit dem modernen Verkehrswesen so wenig korrespondierende gemeine römische Recht in Wirksamkeit bestand. In Hannover hat bereits durch die Gesetzgebung von 1865 ein auf den Prinzipien des Entwurfs beruhender Rechtszustand Eingang gefunden.

Abchnitt I. handelt von dem Eigentumserwerb an Grundstücken. Derselbe erfolgt im Falle der freiwilligen Veräußerung durch Eintragung im Hypothekenbuche. Hat der eingetragene Eigentümer das Grundstück an mehrere veräußert, so wird nur derjenige Eigentümer, welcher in das Hypothekenbuch eingetragen ist, selbst wenn er den älteren Titel des anderen geltend hat oder letzterem vom Veräußerer das Grundstück übergeben ist. Die Eintragung des Erwerbers findet statt, wenn der eingetragene Eigentümer die Eintragung desselben bewilligt und der Erwerber die Eintragung auf seinen Namen beantragt. (Auflassung.) Die Auflassungserklärung des Veräußerers kann auch durch ein rechtskräftiges Erkenntnis, welches denselben zur Auflassung des Eigentums verurteilt, ersetzt werden. Bei der Auflassung von Parzellen ist auch der Teilungsvertrag der Hypothekenbehörde vorzulegen. Zur Erhaltung des Rechts auf Auflassung kann der Erwerber durch Vermittelung des Prozeßrichters oder mit Bewilligung des eingetragenen Eigentümers eine Protestation für sich eintragen lassen. Der Erbe und der Vermächtnisnehmer, Lehnserben und Fideikommiß-Nachfolger erwerben das Eigentum an dem Grundstück, sobald der Erblasser gestorben ist. Im Falle der Enteignung geht das Eigentum durch die Befreiungswilligung der Verwaltungsbehörde auf den Erwerber über. Bei der notwendigen Substitution erwirbt der Ersterer das Eigentum durch die Veräußerung des Substitutionsurtheils. Die in den §§ 10—13 bezeichneten Erwerber erlangen infolgedessen das Recht der Veräußerung und resp. Belastung des Grundstücks nur durch die Eintragung ihres Eigentums.

Abchnitt II. handelt von der Begründung dinglicher Rechte an Grundstücken. Dingliche Rechte an einem Grundstück, welche auf einem bestimmten Rechtsmittel beruhen, können nur durch Eintragung begründet werden, jedoch bedürfen die gesetzlichen Veräußerungs- und Nutzungsgerechte (Leihe, Nießbrauch, Pacht), welche durch Besitzübertragung dingliche Wirkung erhalten und diejenigen Gebrauchs- und Nutzungsrechte, welche nach §§ 8, 142 des allg. B. G. vom 25. Juni 1865 im Wege des Zwangsverfahrens erworben werden können, nicht der Eintragung. Hat der Eigentümer das Recht des persönlichen Recht zum Grundstück eingeräumt, so geht das Recht denselben vor, welches durch die Eintragung dinglich geworden.

Abchnitt III. handelt vom Hypothekenrecht. Das Hypothekenrecht wird nur durch die Eintragung in das Hypothekenbuch begründet, welche erfolgt: 1) wenn der eingetragene Eigentümer die Eintragung beantragt; 2) wenn der Gläubiger auf Grund eines rechtskräftigen Erkenntnisses die Eintragung beantragt; 3) wenn eine gesetzlich dazu berufene Behörde dieselbe nachsucht. Die gesetzlich berechnete Behörde, so wie die Gläubiger durch Vermittelung des Prozeßrichters können eine Vermerkung auf dem Grundstück eintragen lassen. Bei der Eintragung der Kautionshypotheken muß der Schuldgrund und der höchste Betrag angegeben werden, bis zu welchem das Grundstück für eine bestimmte Geldsumme eingetragen werden. Der Eigentümer kann Hypotheken auf seinen Namen eintragen lassen, und dieselben bei der Kaufgeldverteilung in Folge der notwendigen Substitution für sich liquidieren. Ueber die Rangordnung der Hypotheken wird bestimmt: Die Priorität der auf demselben Grundstück haftenden Hypotheken und Belastungen zur 2. Rubrik bestimmt sich nach der Reihen- und relative Zeitfolge der geschehenen Eintragungen. Die Wirkung des Hypothekenrechts besteht darin, daß der hypothetische Gläubiger die Wahl hat, ob er die persönliche Klage aus dem Schuldverhältnisse oder die hypothetische Klage anstellen will. Eine Verbindung beider Klagen ist nur zulässig, wenn der

Eigentümer des Grundstückes auch der persönliche Schuldner ist. Gegen die hypothetische Klage dürfen nur diejenigen Einreden erhoben werden, welche sich aus dem Hypothekenbuche ergeben oder die dem Beklagten gegen den Kläger unmittelbar zustehen. Das mit Hypothek verbundene persönliche Recht kann nur gemeinsam mit der Hypothek übertragen werden. Wird die Hypothek ohne dasselbe abgetreten, so erlischt die persönliche Klage. Uebernimmt der Erwerber des Grundstückes die auf demselben eingetragene Hypothek in Anrechnung auf das Kaufgeld und verpflichtet sich derselbe zur Befreiung des Veräußerers von seiner persönlichen Schuld, so erlangt der Gläubiger gegen den Erwerber die persönliche Klage; der Veräußerer dagegen wird von seiner persönlichen Verbindlichkeit frei, falls der Gläubiger nicht innerhalb Jahresfrist die Hypothek kündigt. Wenn eine Hypothek ungeteilt auf mehreren Grundstücken haftet, so ist der Gläubiger berechtigt, sich an jedes einzelne Grundstück wegen der ganzen Forderung zu halten. Der hypothetische Gläubiger, dessen Anspruch vollstreckbar geworden, kann durch gerichtliche Sequestrierung und notwendige Substitution seine Befriedigung erzwingen. Der desfallsige Antrag ist auch dann zulässig, wenn seit der Aufstellung der hypothetischen Klage die Person des Eigentümers gewechselt hat. Der hypothetische Gläubiger, auf dessen Antrag die Substitution eingeleitet worden, oder welcher derselben beigetreten ist, so wie der Eigentümer dürfen bei der notwendigen Substitution mitbieten; der letztere muß indessen im Falle eines Widerspruchs sein jedesmaliges Gebot im Termine daer erlegen.

Der Erwerb der Hypothek durch Abtretung und die Wirksamkeit der Verpfändung derselben sind von der Eintragung unabhängig. Der Eigentümer darf die auf seinen Namen eingetragene Hypothek auch ohne Nennung des Erwerbers abtreten.

Das Hypothekenrecht wird nur durch Löschung im Hypothekenbuche aufgehoben. Dasselbe erfolgt auf Antrag des Eigentümers unter Einreichung der erforderlichen Urkunden oder auf Ersuchen des Substitutionsrichters. Vermerkungen werden auf Ersuchen derjenigen Behörde, auf deren Antrag dieselben eingetragen worden, oder auf Bewilligung derselben, für den sie vermerkt worden, gelöscht. Die aus Versehen der Hypothekenbehörde gelöschte Hypothek darf an derselben Stelle wieder eingetragen werden, jedoch nicht zum Nachteil derjenigen, die nach der Löschung der Post Rechte auf das Grundstück erworben haben.

Abchnitt IV. handelt von dem Bergwerkseigentum und den Gerechtigkeiten. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden, für das erstere unter Zugrundelegung einiger besonderen Bestimmungen, Anwendung.

Abchnitt V. handelt von der Gastbarkeit der Hypothekenbehörde. Die Beamten der Hypothekenbehörde haften für jedes Versehen bei Wahrnehmung ihrer Amtspflichten, so weit von anderer Seite der Ertrag nicht zu erlangen ist. Derselben sind nicht berechtigt, die Rechtsbefähigung der von den Parteien vorgenommenen Geschäfte zu prüfen, auf deren Grund eine Eintragung im Hypothekenbuche beantragt wird.

Die Konferenz in Paris hat den Grafen Bismarck beauftragt, oder vielmehr Graf Bismarck hat sich — wahrscheinlich auf Wunsch Napoleons, mit dem er, freilich nicht in legitimer Weise, durch Napoleon I. blutsverwandt sein soll — beauftragen lassen, der griechischen Regierung die Beschlüsse der Konferenz zu überbringen. Man könnte fragen, warum das Ergebnis der Konferenz nicht kurzweg der griechischen Regierung durch einen damit beauftragten Gesandten am Hofe des Königs Georg mitgeteilt worden sei. Die Antwort eines diplomatischen Zeremonienmeisters würde darauf lauten, daß die Bevollmächtigten der Konferenz keine Ermächtigung haben, einen ihr fernstehenden Diplomaten mit Aufträgen zu chargieren, sondern nur einen aus ihrer Mitte senden könnten, und dazu wäre am geeignetesten der Sekretär der Konferenz. Indessen daß man diese Formlichkeit so strikte eingehalten, liegt wohl mehr in materiellen Gründen, für welche die Form nur den Deckmantel bildet. Jedenfalls scheint der Zeitaufwand, welchen die Erfüllung dieser Form kostet, eher für als gegen dieselbe gesprochen zu haben, denn einstweilen kann die griechische Regierung und — was noch mehr sagen will — das aufgeregte Volk Griechenlands zur Vernunft kommen, und kommt vielleicht um so leichter zur Vernunft, wenn es sieht, wie rücksichtsvoll und ehrend man Griechenland behandelt, indem man einen besonderen Gesandten nach Athen sendet.

Graf Bismarck hat sich am Sonnabend in Marseille eingeschifft. Wie mehrere Abendzeitungen übereinstimmend meldeten, lauten seine Instruktionen an den französischen Gesandten in Athen dahin, der griechischen Regierung eine möglichst schleunige Entschlußfassung anzupfehlen.

In Wien, wo man an den friedlichen Ausgleich des griechisch-türkischen Konflikts gar nicht glauben wollte, und eine Alarmnachricht nach der anderen in die Welt sandte, beifallt man sich jetzt, zu zeigen, daß die Pforte den ersten vorläufigen Schritt gethan habe. Es liegt uns bereits die zweite Depesche vor, welche dieses Streben verrät. Sie lautet:

Wien, 24. Jan. Die „Presse“ erfährt, daß die Türkei sich in einer neuen an ihre Vertreter im Auslande erlassenen Depesche über das Resultat der Pariser Konferenz befriedigt ausspricht, deren Resultat ihr gestatte, das Ultimatum als erledigt anzusehen.

Darin liegt indirekt die Aufforderung an das verstockte Griechenland, sich ebenfalls den Konferenzbeschlüssen zu unterwerfen. Im Allgemeinen scheint man dies wohl auch zu glauben, und damit der Konferenz ein gutes Resultat zuzuschreiben. Der „Konstitutionnel“ behauptet dies ebenso wie jüngst die „Times“. Wenn derselbe aber dabei auf das günstige Urtheil der „Nordd. Allg. Z.“ hinweist, so scheint er uns dieses Blatt wenig gelesen zu haben. Denn dieses meinte geradezu, die Dinge seien nach der Konferenz gerade so wie zuvor, sie habe eigentlich kein Resultat gehabt. Später hat die Zeitung allerdings diese Meinung wieder fallen lassen.

Der „Konstitutionnel“ zeigt übrigens bei dieser Gelegenheit, wie er die Logik zu pressen versteht, wenn es gilt, eine kleine Bosheit zu üben. Anknüpfend an die Bemerkung, daß sich

die Presse im Allgemeinen für die Bestrebungen der Konferenz ausgesprochen, fügt er hinzu, es sei eine Thatsache, daß die öffentliche Meinung Europas sich den Erweiterungsprojekten Griechenlands nicht günstiger zeige, als sie es gegenüber anderen großen Umgestaltungen der europäischen Karte gewesen. — Das ist ein Stich auf Preußen, gegen dessen Eroberungen die öffentliche Meinung in Europa sich ausgesprochen, — nämlich die öffentliche Meinung in Frankreich, Oesterreich und einigen partikularistischen Kreisen Deutschlands. Was doch nicht Alles für „öffentliche Meinung Europas“ ausgegeben wird!

Deutschland.

Berlin, 23. Jan. Die Festlichkeiten, welche bei den k. Prinzen veranstaltet werden sollen, sind folgende: Am 30. Januar im Kronprinzlichen Palais Assemblée; am 1. Februar Ball bei Sr. K. H. dem Prinzen Karl; am 6. Februar Tanzfest bei Sr. K. H. dem Kronprinzen und am 8. Februar Ballfest im Palais Sr. K. H. des Prinzen Albrecht.

— Der „Elberf. Z.“ wird von hier geschrieben: „In den letzten Wochen haben im Bundeskanzleramt für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse wichtige Verhandlungen stattgefunden, deren Resultat jedoch noch nicht mit Sicherheit voraussagen ist. Graf Bismarck wünscht nämlich zur Durchführung des Art. 4 der Verfassung des Norddeutschen Bundes das gesamte Eisenbahnwesen schon jetzt auf den Norddeutschen Bund zu übernehmen. Es kann sich hierbei natürlich nicht um die Einnahmen handeln, welche einzelne Staaten aus dem Betriebe der Staatsbahnen erzielen, diese müssen denselben als ihre eigenen Einnahmen verbleiben, sondern es handelt sich vornehmlich um die Anlage neuer Eisenbahnen, sowohl was die Richtung derselben als auch was die Vergebung der Konzession zum Bau derselben betrifft. Im preussischen Handelsministerium ist man einer solchen Neuerung, die den Wirkungskreis des Ministeriums auf ein Minimum beschränken würde, natürlich sehr entgegen und versucht alles, um sie zu verhindern.“ — Nach Art. 4 der Bundesverfassung unterliegen bekanntlich der Beaufsichtigung seitens des Bundes und der Gesetzgebung desselben auch „das Eisenbahnwesen und die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs.“ Es würde sich also um eine Interpretation dieser Bestimmung handeln, welche die Einwirkung des Bundes über die bisher fast ausschließlich eingekaltete Linie hinaus erweiterte.

— Die Bundes-Kommission zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Zivilprozeßordnung scheint über die Beweisaufnahme noch immer nicht hinausgekommen zu sein. Ein Hauptgrund dieser beklagenswerthen Verzögerung — meint die „Voss. Z.“ — liegt neben den enormen, vom größeren Publikum wohl nicht hinreichend gewürdigten Schwierigkeiten, welche sich der Erledigung jener großen Aufgabe an sich nach deren Natur entgegenstellen, offenbar in den mehrfachen Unterbrechungen der Hauptarbeit durch anderweitige gesetzgeberische Arbeiten, welche mit der Zivilprozeßordnung häufig nur lose zusammenhängen. Von diesen letzteren ist die Ausarbeitung eines Gesezentwurfs, betreffend die Beschlagnahme von Arbeits- und Dienststöhnen nach den neuesten Nachrichten vor Kurzem erledigt, so daß dem nächsten Reichstage eine entsprechende Vorlage gemacht werden kann. Dem Vernehmen nach hat sich die Kommission nicht für ein unbefristetes Verbot, sondern nur für eine Beschränkung des Lohnarrests entschieden. In nächster Zeit soll, wie man hört, die vom Bundesrathe unterbreitete Frage über die Vollstreckung der Zivil- und Straf-erkenntnisse, überhaupt die gegenseitig zu gewährende Rechtshilfe innerhalb des Bundes in Angriff genommen werden, da auch hierüber ein Gesezentwurf bereits bei dem nächsten Reichstage eingebracht werden soll. Bei der großen Wichtigkeit der einschlägigen, überaus streitigen Fragen des internationalen Rechts und des Prozeßrechts werden die betreffenden Beratungen sicherlich wiederum längere Zeit in Anspruch nehmen.

— Wie das „Fr. Z.“ meldet, hat die Regierung durch den Landrath Persius, der als Hülfсарbeiter im Ministerium des Innern beschäftigt wird, den Entwurf eines Statuts für die Bildung gewählter Vertretungen der Landgemeinden ausarbeiten lassen. In den östlichen Provinzen Preußens sind solche Vertretungen bis jetzt nicht vorhanden, vielmehr werden zu den zu fassenden Beschlüssen, sofern von solchen überhaupt die Rede ist, alle diejenigen Gemeindeglieder, welche überhaupt stimmberrechtigt sind, herangezogen. Das Statut ist somit ein Anfang einer neuen Landgemeinde-Ordnung, soll indeß, wie es scheint, im Verwaltungswege eingeführt werden. Daß es in keiner Weise den Bedürfnissen genügt, versteht sich von selbst; es widerlegt aber auch alle diejenigen, welche bisher der Meinung waren, die Regierung werde das von Graf Bismarck selbst verurteilte Drei-Klassensystem fallen lassen. Denn die Gemeindevertreter sollen nach dem Dreiklassen-Wahlssystem gewählt werden und dabei als Wähler sogar nur die Grundbesitzer zugelassen werden, während in den Städten alle Einwohner, welche Steuern zahlen, Wähler sind und gewählt werden können.

— Bei der Auswahl der Notabilitäten des Abgeordneten-Hauses, welche an den vertraulichen Beratungen über die Reform der Kreisverfassung Theil nehmen sollen, haben, wie

verlautet, hauptsächlich die Vorschläge des Präsidenten v. Forderbeck dem Ministerium zur Richtschnur gebend. Man hört, daß etwa zwanzig Abgeordnete zu den Konferenzen eingeladen und daß alle Fraktionen, einschließlich der Fortschrittspartei, zur Mitwirkung herangezogen werden sollen. Alle wichtigen Punkte, welche als normgebende Grundlagen den Gesamtbau der Kreisverfassung bestimmen, sollen in den beabsichtigten Konferenzen zur Erörterung gelangen.

Wie die „Post. Btg.“ meldet, hat auf dem jetzt hier tagenden Kommunal-Landtage der Kurmark der Abgeordnete Strache, ein Vertreter der Landgemeinden, beantragt: Erstens, daß die Verhandlungen der Kommunal-Landtage öffentlich seien; zweitens, daß die Verhandlungen seitens des Landtages selbst veröffentlicht werden, damit die Gemeinden auch notorisch erfahren, um was es sich handelt, und drittens, daß die Landgemeinden eine stärkere Vertretung erhalten, d. h. eine solche, wie sie die Einwohnerzahl und der Besitz im Verhältnis zu dem der Ritterschaft ihnen zuweist. Ein besonderes Motiv für diese Anträge bilden die erweiterten Befugnisse des Kommunal-Landtages, die er durch das jetzt in Aussicht stehende Gesetz über die Zuweisung des Provinzialhilfsfonds erhält.

Der „Btg. f. Nordd.“ wird von hier geschrieben: „Dieser Tage werden die Verhandlungen wegen eines Vertrages mit Nordamerika über den Schutz der Auswanderer begonnen haben, welche in Washington geführt werden. Den Norddeutschen Bund vertreten dabei der Gesandte Herr Dr. v. Gerolt und der Generalkonsul in Newyork Dr. Köfing. Je nach dem Ausfall dieser ersten Verhandlung werden weitere mit der Kolonialregierung in Kanada und vielleicht noch anderen transatlantischen Staaten auf der einen, mit England, Frankreich, den beiden Niederlanden und etwa noch den skandinavischen Ländern auf der anderen Seite folgen müssen.“

Nachdem die gesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren bei Befreiung, Zurückstellung oder Entlassung vom Militärdienste zur genauesten Beobachtung eingehärt worden, soll nun höherer Anordnung zufolge gleichfalls darauf hingewiesen werden, daß die einschlägigen Gesuche, mit den dazu vorgeschriebenen Erfordernissen, zunächst bei dem betreffenden Landrathe anzubringen sind, und wenn ein Gesuch von demselben zurückgewiesen wird und der Bittsteller sich bei demselben nicht beruhigen braucht zu können glaubt, demselben erst dann freisteht, sich an die Bezirksregierung, und wenn auch von dieser das Gesuch verworfen wird, in weiterer Instanz an den Oberpräsidenten und wenn auch von diesem ein abweisender Bescheid erfolgen sollte, endlich an die Ministerien des Krieges und des Innern zu wenden. Es müssen jedoch in den einzelnen Fällen stets die ergangenen Vorbescheide beigelegt werden, widrigenfalls die direkten Gesuche ohne solche von den höheren Behörden unberücksichtigt bleiben und ohne Weiteres dem Einsender zurückgestellt werden müssen, wodurch unnütze Arbeit und Zeitverlust entsteht. Nur die Gesuche, bei welchen es sich um zeitweilige Beurlaubung eines Soldaten handelt, können mit den nötigen Beweisstücken unmittelbar an den Kommandeur des betreffenden Regiments, resp. Bataillons gerichtet werden. — Obwohl das Bundesgesetz das paßlose Reisen erleichtert, so besteht doch ein Gesetz, daß Personen, welche der Reserve des stehenden Heeres oder der Landwehr angehören, Reisepässe nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Militärbehörde erhalten dürfen. Eben so haben sich die noch in dem militärischpflichtigen Alter befindenden Personen über ihre erfolgte Stellung vor den Ersatzbehörden durch den Boosungs-, resp. Gestellungsschein auszuweisen. Es erstreckt sich diese Einschränkung demnach auf alle Männer von 20 bis 40 Jahren, und es muß also in den hier vorkommenden Fällen entweder einer der Militärscheine, oder ein Invalidenattest beigebracht werden.

Unlängst ist von mehreren Blättern eine Notiz gebracht worden, nach welcher unter dem Vorsitz unseres Königs eine Sitzung des General-Artillerie-Komitee stattgefunden habe, in welcher die Geschützfrage erörtert worden sei. Der König soll nach diesen Angaben eingehend über die einschlägigen Punkte sich geäußert haben, das Resultat der Berathung aber den Gussstahlgeschützen insofern ungünstig gewesen sein, als für die Zu-

kunft die Beibehaltung des Gussstahls nur bei Position- und Marinegeschützen erfolgen, bei den Feldgeschützen die Bronze an die Stelle des Gussstahls treten würde. Unter den vielen falschen Nachrichten, welche fortwährend auf diesem Gebiete in Umlauf gesetzt werden, sagt die „Börs.-Z.“, greifen wir die vorstehende heraus, und stellen derselben auf Grund zuverlässiger Information den wahren Sachverhalt gegenüber.

In Betreff der Verwendung von Bronze zu Geschützröhren ist in negativer Weise allerdings die Entscheidung definitiv ergangen, daß dieses Material für Position- und Marinegeschütze gar nicht tauglich ist; ob für Feldgeschütze neben dem bewährten Gussstahl auch Bronze zu benutzen, das steht noch dahin und wird erst durch die im Frühjahr bevorstehenden Proben entschieden werden. Das bronzene Rohr hat nämlich die bisher der Regel nach bei den leichten Geschützen angewendete Pulverladung wohl ausgehalten; da aber die Notwendigkeit erkannt ist, zur Vermehrung der Treffsicherheit die Pulverladung erheblich zu verstärken, um die Elevation zu vermindern, die Schußlinie also gerader und damit die Erreichung des Zieles sicherer zu machen, so müssen die bronzenen Feldgeschütze erst noch der Prüfung unterworfen werden, ob sie gleich denen von Gussstahl die verstärkte Pulverwirkung auszuhalten vermögen, was vielfach sehr bezweifelt wird. Auch bei günstigem Ausfall der Probe ist von einer „Verdrängung“ des Gussstahlrohrs für Feldgeschütze gar nicht die Rede, sondern nur von einer Komplettierung der Feldbatterien durch Bronzegeschütze, für welche allerdings zwei Momente sprechen, einmal das Vorhandensein vieler Tausend Berliner Bronze, namentlich an erbeuteten österreichischen Kanonen, sodann die Rücksicht auf die Zuweisung von Beschäftigung an die ausgedehnten Spandauer Stabillimente. — Es erscheint in der That seltsam, daß gerade in deutschen Blättern immer aufs Neue die Güte unseres im Auslande sehr wohl anerkannten Artilleriematerials in Frage gestellt wird; Frankreich benützt uns darum, England ist in dem Weltkampfe total geschlagen, Rußland weiß den Fabrikanten der ihm gelieferten Gussstahl-Hinterlader, Krupp in Essen gar nicht genug zu ehren — nur bei uns selbst erhält der Spruch täglich neue Bekräftigung, daß der Prophet nichts gilt im eigenen Lande.

Der Verein „Berliner Presse“ beschloß eine von Berthold Auerbach entworfene Adresse, welche dem Präsidenten Grant unmittelbar nach seinem Amtsantritt übergeben werden soll. Grant wird darin zur Initiative für einen Gesandtenauftrag zum Schutz des geistigen Eigentums in den Vereinigten Staaten aufgefordert. Die literarischen Gesellschaften der europäischen Staaten werden eingeladen werden, gleichzeitig in demselben Sinne vorzugehen.

Im Frühjahr soll mit dem Bau des neuen Gebäudes für die hiesige Universitäts-Bibliothek begonnen werden, nachdem die erforderliche Geldbewilligung durch das Haus der Abgeordneten bereits erfolgt ist. Bis zur Beendigung und gänzlichen Fertigstellung des Baues werden aber noch einige Jahre vergehen und die der Universitätsbibliothek gehörigen, natürlich alljährlich anwachsenden Bücher wie bisher untergebracht bleiben müssen. Die wohl 13,000 Bände der früheren Voetsch'schen Bibliothek sind einstweilen in Räumen des Unterrichts-Ministeriums untergebracht, was ihre Benutzung nicht eben erleichtert. Uebrigens ist nunmehr auch ein Einnahmeposten, welcher bisher zu Unrecht der königlichen Staatsbibliothek zuzuschloß, der Universitätsbibliothek überwiesen worden.

Der „St. Anz.“ enthält das Privilegium wegen Emission von 7,000,000 Thalern Prioritätsobligationen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft.

Aus Baden, 21. Januar. Wie man der „Augsb. Post-Zeitung“ aus Freiburg meldet, wurde am 14. d. M. von dem Erzbischofsstuhlsverweser Dr. Käbel die große Exkommunikation über den Bürgermeister Strohmeier von Konstanz ausgesprochen! Was man ihm zur Last legt, sind seine Bestrebungen für Einführung der gemischten Schulen und die demonstrative Zurückweisung der Abhaltung der nächsten Versammlung der katholischen Vereine in Konstanz. Auf dreimalige „Warnung“ hatte Strohmeier dem mit der Eröffnung der Erlasse des Ordinariats beauftragten Geistlichen erklärt: Er lasse sich dieselben nicht vorlesen, gebe keine Bescheinigung, wolle nichts wissen von Autoritätsglauben, habe nichts zu schaffen mit den Herren von Freiburg. Was er gethan, habe er als Bürgermeister gethan, und damit fertig. „Ich stehe in keiner geschäftlichen Beziehung zum Ordinariat“, erklärte er und, „mit einer Kirche, die mich maltreatirt, will ich nichts mehr zu schaffen haben.“

Esslingen, 20. Januar. Gestern fand vor dem hiesigen Gerichtshofe die öffentliche Verhandlung der Klage der preussischen Staatsregierung, beziehungsweise des Gesamtministeriums und des Ministeriums des Auswärtigen, beziehungsweise des Mini-

neine Linien, weder helle noch dunkle zeigt, genau an der Stelle, der gelben Linie eine dunkle Linie.

Die großartige Anwendung auf das Licht der Sonne und anderer Gestirne bietet sich nun von selbst.

Nach Kirchhoff besteht die Sonne aus einer glühenden, geschmolzenen oder festen, zentralen Kugel von außerordentlichem Glanze, die alle möglichen Arten von Strahlen aussendet und folglich ein zusammenhängendes Spektrum geben würde. Dieser Kern ist von einer dampfförmigen Lichthülle, der Photosphäre, umgeben, welche die Sonne wie eine Flamme umschließt. Diese Dampfhülle läßt alle diejenigen Strahlen des Kerns aus, die sie selbst ausstrahlen kann; die Fraunhofer'schen Linien zeigen die Stellung der fehlenden Strahlen. Könnten wir die Guth des Zentralkerns verlöschen, so würden wir ein gestreiftes Spektrum der leuchtenden Dampfhülle erhalten, in welchem jeder glänzende Streifen mit einer der Fraunhofer'schen dunklen Linien übereinstimmen würde. Diese Linien sind daher nur dunklere Zwischenräume, die immer noch von den Strahlen der absorbierenden Photosphäre, jedoch in so geringem Maße erhellt sind, daß die von ihnen erleuchteten Räume dunkel erscheinen im Vergleich zu dem allgemeinen Glanz des Spektrums. Wenn nun irgend eines unserer irdischen Metalle in Dampfform in der Sonnenatmosphäre enthalten wäre, so müßten die dunklen Linien, die dasselbe hervorruft, genau mit den glänzenden Linien übereinstimmen, die der Dampf des Metalls selbst ausstrahlt. Man hat ungefähr 60 bestimmt gruppierte, glänzende Linien bestimmen können, die dem einzigen Metall Eisen zukommen. Wenn man das Licht von weißglühendem Eisendampf, den man durch das Ueberschlagen elektrischer Funken zwischen zwei Eisendrahten erhalten kann, durch die untere Hälfte eines schmalen Spaltess fallen läßt und das Sonnenlicht durch die andere obere Hälfte, so kann man die Spektra beider Lichtquellen unter einander stellen, und findet so, daß jeder glänzenden Linie des Eisenspektrums eine dunkle Linie des Sonnenspektrums entspricht. Nun ist die Wahrscheinlichkeit, daß, wenn ein System von 60 bestimmt

sterns Graf Bismarck gegen Karl Mayer von Stuttgart stat. Das heute veröffentlichte Erkenntnis lautet auf 6 Wochen Gefängnisstrafe, 100 fl. Geldbuße, unentgeltliche Veröffentlichung und Tragung der Kosten.

Oesterreich.

Wien, 20. Jan. Die längst erwartete Ernennung neuer Mitglieder für das diesseitige Herrenhaus, ist — wie bereits telegraphisch gemeldet — erfolgt. Unter den neuen Mitgliedern befinden sich aus dem hohen Adel: der Oberlandmarschall in Böhmen, Fürst Adolph Auerberg und Fürst Lobkowitz, früher Statthalter in Tirol und wegen seiner liberalen Ansichten in guten Andenken; aus dem höheren Beamtenstande, der literarischen und Geschäftswelt: der frühere Justizminister Ritter v. Gye, der ehemalige Präsident des Abgeordnetenhauses, jetzt Oberlandesgerichts-Präsident Hein, der kaiserliche Bürgermeister Dr. Dietl, Professor Ungar, der Präsident der Handelskammer Winterstein und der Groß-Industrieller Baron Herring aus Brünn.

Der Reichsrath hält seine nächste Sitzung erst Dienstag ab, doch sind die meisten seiner Ausschüsse beschäftigt, die zahlreichen ihrer Berathung überwiesenen Vorlagen, namentlich das Landwehrgesetz und die Steuerreform zu erörtern. Im Ausschusse für das Erstere stellte der polnische Abgeordnete, Dr. Byszewski, den Antrag, daß jedes Kronland für sich ein eigenes Landwehrkommando bilden solle, doch scheint dieser Vorschlag bei den Vertretern der Regierung keinen besonderen Anlaß gefunden zu haben. Interessant ist der Bericht, den die Kommission des Herrenhauses über das demnächst zur Diskussion gelangende Gesetz über die Einführung von Schwurgerichten für Preßsachen abgearbeitet hat. Die Kommission hat gegen die Einführung von Schwurgerichten im Prinzip nichts einzuwenden, nach dem diese Frage durch die Grundgesetze staatsrechtlich bereits im bejahenden Sinne entschieden ist, sie hält es jedoch für unnötig, Schwurgerichte für Preßsachen sofort und unbedingt ins Leben zu rufen, nachdem allgemein bekannt sei, „daß in einigen Kronländern die Beruhigung der in oppositioneller Richtung aufgelegten Gemüther als im erwünschten Grade bereits erfolgt und keineswegs wahrzunehmen ist — ja ein Theil eines Kronlandes sich sogar noch unter dem Ausnahme-Gesetze befindet.“ Die Presse genießt in Oesterreich eine Freiheit, wie kaum sonst in Europa, wie sie aber dieselbe gebrauche, sei nicht zu erörtern. Uebrigens empfehle die Kommission dem Hause, in die Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfes einzugehen, weil es leicht nicht zu rechtfertigen wäre, eine Vorlage deshalb abzulehnen, weil der Zeitpunkt für dieselbe nicht entsprechend gehalten werde.

Wenn gleich dieser Bericht nichts weniger als eine Befürwortung der Schwurgerichte für Preßsachen bildet, so glaubt man doch, die Regierung, welche sich im Abgeordnetenhaus für die Durchführung der fraglichen Vorlage engagirt, habe durch die Ernennung der 20 Herrenhausmitglieder die Zahl ihrer Anhänger derartig vermehrt, daß dadurch die Annahme des Gesetzes, worüber die Verhandlung am Mittwoch gewärtigt wird, sichergestellt ist. — Der Empfang des am 21. d., Abends, hieselbst eingetroffenen Prinzen von Wales mit seiner Gemahlin, war überaus herzlich und von den größten Ehrenbezeugungen begleitet. Auf dem Bahnhofe befanden sich der Kaiser in Marschallsuniform und mit dem Großkreuze des (englischen) Bath-Ordens geschmückt, der Prinz von Württemberg mit seiner Gemahlin Erzherzogin Theresie, der Herzog und die Herzogin von Koburg, der englische und dänische Gesandte und deren Personal und der Obersthofmeister Fürst Hohenlohe.

In Lemberg haben in den letzten Tagen des Dezember einige Hundert jüdische Eltern ihre Kinder — viele von ihnen Kinder in der vollsten Bedeutung des Wortes — verheiratet, weil mit dem 1. Januar das neue, alle Junggesellen heranziehende Rekrutirungs-gesetz in Kraft tritt. Ein galizischer Jude im kaiserlichen Militär weiß allerdings nicht recht, wofür er sich schlägt. Soweit er politisch fühlt, hält er zu Deutschland, dessen Sprache seit tausend Jahren die seinige ist, und noch heute von ihm im altfränkischen, in Deutschland lange ausgestorbene Dialekt

gruppirten Lichtlinien mit einem zweiten ebenso geordneten, von 60 Linien zusammenfällt, beide Systeme dem Lichte desselben Körpers ihren Ursprung verdanken, mehr als Million mal Million mal Million zu Eins, und ebenso groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß Eisen in der Sonnenatmosphäre enthalten ist. Als Professor Kirchhoff die Spektra anderer Metalle auf gleiche Weise mit dem Sonnenspektrum verglich, fand er, daß Wasserstoff, Natrium, Magnesium, Eisen, Kalkium, Nikel, Chrom, Kupfer, Zink, Barium, wahrscheinlich Strontium, Kobalt und Radium in der Sonnenatmosphäre enthalten seien. Es ist ihm aber bisher noch nicht gelungen: Gold, Silber, Quecksilber, Aluminium, Zinn, Blei, Arsenik und Antimon darin zu entdecken.

So bietet das Licht in der bis vor Kurzem unerklärbaren Natur der Fraunhofer'schen Linien das Mittel zu bestimmen, aus welchen chemischen Stoffen die Atmosphäre der 20 Millionen Meilen weit von uns entfernten Sonne besteht, so daß Mittel zu sagen, aus welchen Stoffen die leuchtende Materie der unendlich weit entfernten Fixsterne zusammengesetzt ist. So beweist die Spektralanalyse, was Kant's und Laplace's forschender Geist vorausgesetzt hat, daß unsere Erde und die Sonne aus denselben Stoffen bestehen.

Es ist dies der erste bedeutende Schritt, den wir in der Erkenntnis der physischen Natur der Himmelskörper gemacht haben.

Trotzdem, daß wir die Sonne fast täglich vor Augen haben, daß wir ihr Wärme, Licht und Leben verdanken, sind die Forschungen über die Natur dieses Weltkörpers nur wenig vorgeschritten. Gerade ihr blendendes Licht war stets ein Hinderniß, ihre Natur zu ergründen, und deshalb sind die Sonnenflecknisse, in der ihr Licht zum großen Theile abg. blendet wird, von so großer Wichtigkeit.

Die weiteste Verbreitung über die Natur der Sonne hat die von William Herschel aufgestellte Hypothese gefunden; sie entspricht am meisten dem, was man direkt an der Sonne mit dem Fernrohr sieht. Die Sonne besteht nach derselben ersten

Ueber die totale Sonnenfinsternis vom 18. August 1868.

Vortrag im naturwissenschaftlichen Verein zu Posen, gehalten von Dr. A. Wagener.

(Fortsetzung.)

Wenn das von den verschiedenen Lichtquellen ausgestrahlte Licht durch das Prisma zerlegt wird, so lassen sich die dadurch entstandenen Spektra, so mannigfaltig sie auch sein mögen, in 3 Klassen theilen:

Das Spektrum der ersten Klasse besteht aus farbigen Bändern, die nirgends durch dunkle Linien unterbrochen sind, sondern in einander übergehen. Es entsteht immer, wenn das Licht von einem glühenden, festen oder flüssigen Körper ausgeht. Durch ein solches kontinuierliches Spektrum kann die Natur des leuchtenden Körpers nicht erkannt werden.

Die Spektren der zweiten Klasse sind die oben beschriebenen. In ihnen werden die farbigen Bänder durch helle Lichtlinien durchbrochen. Sie zeigen sich, wenn die leuchtenden Körper im gasförmigen Zustande sich befinden, sie sind die verschiedenen Stimmen der Metalle, die durch dieselben ihr Dasein bekunden.

Die dritte Klasse der Spektren zeigen zusammenhängende farbige Bänder, die durch dunkle Linien unterbrochen werden. Solche Spektra liefert das Licht der Sonne, der Fixsterne und Planeten. Und Kirchhoff hat gezeigt, daß auch irdische Substanzen ein solches Spektrum geben und zwar dann, wenn ein glühender, fester oder flüssiger Körper, der für sich ein kontinuierliches Spektrum giebt, von einer glühenden, leuchtenden Dampfmenge umgeben ist. Es verschluckt dann die Dampfatmosphäre diejenigen Strahlen des festen oder flüssigen Körpers, welche dieselbe Farbe haben, wie die Linien, welche das Gas für sich im prismatischen Spektrum erzeugt. Es verschluckt z. B. Natrium, welches durch eine helle gelbe Linie charakterisirt ist, das Gelbe im Spektrum eines glühenden, festen oder flüssigen Körpers, und es entsteht in dem Spektrum des festen Körpers, welches sonst

gesprochen wird. Seine Umgebung aber verlangt, daß er polnischen Patriotismus haben soll, und seine Regierung hat, je nachdem sie sich mit den Polen stellte, einmal polnische, ein andermal ruthenische und ein drittesmal einfach kaiserlich königliche Gesinnungen in ihm gefördert. Da ist schwer herauszufinden.

Wien, 23. Jan. Ueber unserem Reichsrathe zieht sich wieder ein kleines Unwetter zusammen, dessen Ausgang Niemand vorhersehen kann und das uns — mag der letztere nun sein, wie er will — unter allen Umständen wieder ein neues Memento mori für die schwächliche Konstitution unseres Parlamentarismus ist. Die Manier, wie die Polen mit uns umgehen, wird geradezu unerträglich, um so mehr, wenn man bedenkt, daß sie durch die Drohung, andernfalls auszutreten, bei der Revision der Februarverfassung und der knappen Beschneidung der Reichsraths-Kompetenz, den Landtagen gegenüber, dem Abgeordnetenhaus ihren maßgebenden Willen, so zu sagen, in die Feder diktierten. Kaum aber zu Hause angelangt, werden sie vom Lemberger Landtage beauftragt, im Reichsrathe eine Reihe von Forderungen zur Sprache zu bringen, die geradezu einen Umsturz der kaum begründeten Verfassungszustände zur Voraussetzung haben. Es ist jetzt schon nicht mehr Autonomie, sondern geradezu Souveränität, was sie für ihren galizischen Landtag beanspruchen, und wie sie diese Unabhängigkeit im Sinne der Freiheit und Zivilisation vermerken würden, dafür liefert ihr weiteres Verlangen an den Reichsrath, derselbe möge die Aufhebung der Prügel- und Kettenstrafe für Galizien wieder zurücknehmen, den vollgiltigsten Beweis. Ganz nach der Melodie von 1867 scharen sich die Polen im Abgeordnetenhaus wieder um die Interpellation Grucholski und drohen das Abgeordnetenhaus in corpore zu verlassen, wenn man ihnen nicht die Auscheidung eines galizischen Landesbudgets von 12 Mill. zur Verfügung ihres Landtags und eine nur dem Lemberger Landtage verantwortliche Landesregierung bewilligt. Da hiermit die Verantwortlichkeit des Ministeriums gegen den Reichsrath zu Boden fiel, so würden wir mit einem Male mitten im Föderalismus oder Absolutismus stecken. Es ist somit, wie höflich die Regierung in den bevorstehenden Debatten auch sein mag, an eine Nachgiebigkeit des Reichsraths gar nicht zu denken. Die Polen können dann thun, was sie wollen — und wenn ihr Austritt endlich dahin führt, daß sie mit den Erbländern nur noch in so losem Zusammenhange stehen, wie Kroatien mit Ungarn, oder daß Galizien vielleicht gar zur Stephanstrone geschlagen wird, die ja Rechtstitel darauf haben will, dießseits wird den überstolzen Diplomaten Niemand nachweinen, die gleichzeitig mit allen Kälbern pflügen möchten, mit dem Föderalismus und dem Dualismus, den Feudalen und den Liberalen, dem Hofe und der Demokratie, den Römlingen und den freisinnigen Ideen, die ganz Oesterreich und ganz Ungarn einspannen wollen, um Hebammiendienste bei der Wiederherstellung Polens zu leisten!

Belgien.

Brüssel, 23. Januar. Die Leiche des Kronprinzen ist heute einbalsamirt worden. Das Leichenbegängniß wird nächsten Montag ohne jeden Pomp in Laeken stattfinden. Das ganze Episkopat wird unter Führung des Erzbischofs demselben beiwohnen.

Frankreich.

Paris, 21. Januar. Der Kaiser und die Kaiserin haben sich auf dem gestern sehr zahlreich besuchten Hofballe nur ganz kurz vor ihren Gästen gezeigt und sich nach einer halbstündigen Promenade durch die Säle wieder in ihre Gemächer zurückgezogen; denn heute ist der Jahrestag der Hinrichtung Ludwigs XVI. Aus dieser Veranlassung fanden in der Südkapelle der Rue d'Anjou feierliche Todtenmessen statt. Sie waren ziemlich zahlreich besucht. Einer derselben wohnten auch Don Carlos von Bourbon und seine Gemahlin an. In der Tuilerien-Kapelle ließ die Kaiserin auch eine Todtenmesse lesen, der ganze Hof war anwesend.

Paris, 23. Jan. Das heute ausgegebene Gelbbuch veröffentlicht auf 268 Seiten Aktenstücke über Spanien, Italien, Serbien, Rumänien, die europäische Donaukommission, den Libanon, Tunis, die Verhandlungen Spaniens mit südamerikanischen Republiken, Japan und die Petersburger Militärkonferenz.

aus einem ziemlich dunklen Zentralkörper; zweitens aus einer umgebenden Wolkenhülle oder Hülle, welche in einem gewissen Abstände vom Kerne schwebt und denselben von allen Seiten umgibt; drittens aus einem leuchtenden Sphäre oder Lichthülle, der Photosphäre, welche die Wolkenhülle schalenförmig umgibt. Endlich haben die totalen Sonnenfinsternisse von 1842, 1850, 1857 u. 1860 noch die Existenz einer dritten Umhüllung der Sonne dargelegt, welche oberhalb der Photosphäre liegt und aus dunklen oder nur schwach leuchtenden Wolken besteht.

Die Sonnenscheibe, welche einen scheinbaren Durchmesser von 12 Zollen hat, erschien den Alten als ein Wesen von vollkommener Reinheit, und diese Ansicht hatte im Laufe der Zeit eine Art von religiöser Weihe erhalten. Jedoch schon im Gezeu eines mäßigen Kernrohrs zeigt sich eine Menge matterer Punkte, die über die ganze Oberfläche zerstreut sind, ferner größere dunkle Flecken und endlich Stellen, welche beträchtlich heller als der übrige Grund sind, und die theils adersförmig verlaufen, theils in größeren Massen sich zeigen. Man nennt diese lichtreichen Stellen Sonnenfackeln.

Die Flecken sind häufig von einem grauen Hofe, dem Halbschatten oder der Penumbra umgeben; sie erscheinen stets zuerst am östlichen Rande der Sonne, erreichen nach sechs Tagen die Mitte der Scheibe und verschwinden nach sechs Tagen am westlichen Rande derselben. Zuerst wurden sie 1611 von Johann Fabricius gesehen, der aus ihrer Bewegung schon schloß, daß die Sonne sich und zwar von Westen nach Osten um ihre Axe drehe. Eine Bewegung, deren Dauer aus Fleckenbeobachtungen auf 25 Tage, 5 Stunden 38 Minuten berechnet worden ist, so daß sie sich in einem Jahre mehr als 13 Mal um ihre Axe dreht. Die eigentümlichen Erscheinungen dieser Flecken nebst ihrem Halbschatten waren es gerade, die Wilson überlagernden, nicht selbst leuchtenden, sondern nur Licht reflektierenden Wolkenhülle und auf die selbstleuchtende Photosphäre bezielen. Die Flecken entstehen nach derselben durch Zerreißung

Die auf den türkisch-griechischen Konflikt bezüglichen Aktenstücke werden gesondert erscheinen.

In Bezug auf Italien sind die Depeschen Menabreas vom 24. Januar, Moustiers vom 19. März, Menabreas vom 22. August und Moustiers vom 31. Oktober v. J. hervorzuheben. In der letzteren sagt der französische Minister des Auswärtigen: Frankreich wünscht keine Truppen aus Rom zurückzuziehen, aber die fortgesetzten feindlichen Anschläge gegen den Papst gestatten dies noch nicht. Frankreich wird den vom Grafen Menabrea vorgeschlagenen Modus vivendi aufmerksam prüfen und alle seine Bemühungen darauf richten, der römischen Kurie die Vortheile desselben einleuchtend zu machen. Wir sind, heißt es am Schlusse, überzeugt, daß das Florentiner Kabinet, sicher den so aufrichtigen und freundschaftlichen Absichten, welche uns befehlen, diesen Auseinandersetzungen denjenigen Sinn und Werth beilegen werde, welche unsern gegenseitigen, keinem Wechsel unterworfenen Gesinnungen entspricht.

Ferner wird eine Depesche bemerkt, welche von Marquis de Lavallette unterm 29. Dezember v. J. an den französischen Gesandten in Madrid, Mercier, gerichtet ist und worin es heißt: Der Kaiser habe Dlozaga als außerordentlichen Botschafter der provisorischen Regierung Spaniens am 27. Dezember in Audienz empfangen; der Minister des Auswärtigen sei beauftragt gewesen, sich zu erkundigen, ob der englische Hof genehm sei, eine gleiche Haltung zu beobachten, worauf Lord Clarendon dem französischen Botschafter in London, Fürsten de Latour d'Auvergne erwidert habe, dem Vertreter der provisorischen Regierung werde in London dieselbe Behandlung widerfahren, wie in Paris. — Die heutige Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde durch Wahlprüfungen ausgefüllt. Die Wahlen von Grévy, Peyruc, Lejoindre und Muray wurden genehmigt. Die Interpellation, betreffend die Vorgänge auf der Insel Réunion ist von sämtlichen Bureaux genehmigt worden. Buffet deponirte eine Interpellation über die Leitung der inneren Politik, Viehmont über die innere Lage. — „Publik“ erklärt das Gerücht, daß französische Truppen nach Civita-Vecchia gesandt werden sollen, für unbegründet. — Die Séguier'sche Angelegenheit hat noch ein Nachspiel: Die Schüler des Kollege in Aix wollten an Séguier auch eine Adresse richten. Als ihnen dies verboten wurde, kam es zu Unordnungen, in deren Folge der Präsekt von Marseille, der herbeigeeilt, das Kollege schloß und die Schüler nach Hause schickte.

Spanien.

Madrid, 20. Jan. Der Kolonialminister Ayala hat das Dekret Betreffs der Kortesswahlen auf Kuba und Portoriko erlassen: Kuba soll 18, Portoriko 11 Deputirte wählen. Ein späteres Dekret wird das Datum der Wahlen festsetzen. Um Wähler zu sein, muß man ein Alter von wenigstens 25 Jahren haben und 25 Eskudos Abgaben entrichten.

Madrid, 23. Jan. Die per atlantisches Kabel gemeldete Nachricht, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien Unterhandlungen über den Verkauf der Insel Kuba angeknüpft seien, ist durchaus unbegründet. Die provisorische Regierung hat erklärt, sie werde niemals einen verärgerten Vorschlag annehmen.

Portugal.

Lissabon, 20. Januar. Der König hat ein Telegramm des Herzogs von Saldaña erhalten, worin dieser die Neubildung des Kabinetts ablehnt und auf die Unmöglichkeit hinweist, ein den Wünschen des Königs und des Volkes entsprechendes Kabinet zu organisiren. Der König hat hierauf den Marquis de Sa da Bandeira kommen lassen und ihn beauftragt, mit den gegenwärtigen Ministern die Regierung weiter zu führen. Die Auflösung der Kammern wird erwartet.

Italien.

Florenz, 23. Jan. In der Deputirtenkammer verlangte der Deputirte Forrigiani eine Untersuchung seitens des Ministeriums über die letzten Ereignisse bei der Mahlstenerhebung. Sella tadelt den Modus derselben, räumt aber ein, daß eine Suspension des Mahlstenergesetzes erhebliche finanzielle Nachtheile nach sich ziehen würde, und lobt das Ministerium wegen der Schnelligkeit, mit der es die Ruhe wiederhergestellt habe. Der

dunkler Sphären, und man erblickt durch beide hindurch den führten Kern, umgeben von der durch die darüber lagernde Luftschicht gebildeten Penumbra. Der Kern ist dabei keineswegs vollkommen dunkel, sondern erscheint verglichen mit dem vor der Sonnenscheibe vorübergehenden ganz dunklen Merkur braungrau. Ihre Gestalt und Größe ist sehr veränderlich, es giebt sehr kleine Flecken, aber auch welche, die größer sind, als die Oberfläche unserer Erde.

Während man nach den bisherigen Forschungen noch immer nicht bestimmen kann, ob der Sonnenkern fest, flüssig oder selbstgasförmig ist, kann man die Gasgestalt der Photosphäre mit Sicherheit durch das Polarisirte nachweisen. Arago hat nämlich durch Versuche festgestellt, daß das von einer festen oder flüssigen glühenden Fläche ausgestrahlte Licht, wenn es mit der leuchtenden Fläche einen spitzen Winkel bildet, stets polarisirt ist, während das Licht von Gasen (wie das Licht unserer Leuchtgasbrenner) stets unpolarisirt bleibt. Nun hat sich das Licht von den Rändern der Sonnenscheibe (d. h. also von den noch eben unsichtbaren Grenzen der uns zugewandten Sonnenhalbkugel), das mit der Sonnenoberfläche äußerst spitze Winkel macht, um in unser Auge zu gelangen, stets unpolarisirt gezeigt; folglich ist die leuchtende Materie, die den scheinbaren Rand der Sonnenoberfläche bildet, gasförmig; und da in Folge der Achsendrehung der Sonne alle Punkte der Oberfläche nach und nach am Rande erscheinen, so ist die ganze Photosphäre gasförmig. Ein Schluß, mit dem die neuesten Beobachtungen, wie wir später sehen werden, vollständig übereinstimmen.

Die genauesten Beobachtungen über die Sonnenflecke, deren Natur im Ganzen wenig von den Astronomen erforscht worden ist, sind in den letzten Jahren von Prof. Spörer am städtischen Gymnasium in Anklam gemacht worden. Ihm hat wegen seiner bedeutenden Verdienste um die Sonnenbeobachtung Seine Majestät der König im Jahre 1864 die Krone zu einem 75jährigen Fernrohr bewilligt und die dortigen städtischen Behörden haben ihm, geleitet vom Interesse für die Wissenschaft, ein besonderes Ob-

Finanzminister erwidert, der normale Zustand im Lande sei wieder eingetreten, die Entrichtung der Mahlstener sei in Zukunft gesichert. Im Laufe der Debatte erklärt der Justizminister, die Regierung werde, sobald sie den Zeitpunkt geeignet erachte, einen Gesetzentwurf vorlegen, dahin zielend, den Ausschreitungen der Presse entgegenzutreten zu können, ohne die Freiheit derselben zu beschränken.

Großbritannien und Irland.

London, 20. Januar. Das preussische Panzerschiff „König Wilhelm“ wird heute das Trockendock der Thames Ship Building Company in Blackwall verlassen. Es ist dies das größte und schwerste Fahrzeug, was noch auf irgend einem Themsenwerfte gebaut worden ist (den „Great Eastern“ ausgenommen).

London, 21. Jan. Die vor einigen Wochen eingetroffenen schlimmen Nachrichten aus Neu-Seeland bestätigen sich durch ein neues Telegramm, welches als Vorläufer der australischen Post aus Melbourne vom 8. Dez. hier eintrifft. Ein neuer Aufstand ist ausgebrochen, wie es scheint, hauptsächlich auf dem halbinselartigen östlichen Vorsprunge der Nordinsel. Die Ansiedler in Poverty Bay waren von den Eingeborenen überfallen und mehrere Familien niedergemetzelt worden. Männer wurden lebendigen Leibes verbrannt, Kinder verstümmelt und Frauenleichen den Schweinen vorgeworfen. Die Truppen auf der Westküste haben sich vor den Aufständischen zurückgezogen und ein großer Strich Landes ist verlassen. Die Aufständischen müßten also die ganze Mitte der Insel, von Osten nach Westen, inne haben. Zum Troste wird hinzugefügt, daß die letzten Nachrichten beruhigender lauten, daß aber den Behörden unverzeihliche Nachlässigkeit Schuld gegeben werde. Da Neu-Seeland eine Lieblingskolonie Englands ist und enge verwandtschaftliche Bande sich in ungemeiner Zahl vom Mutterlande nach der Lachkrinzel spinnen, so verbreitet jene Kunde hier großen Schrecken, und es wäre nicht zu verwundern, wenn die Regierung angerufen würde, um durch Truppenjendungen nach Neu-Seeland zur Bekämpfung des Aufstandes beizutragen; ein böser Anfang für die neue Aera der Sparamkeit.

Das Seemannshaus in Greenwich, das Hospital der invaliden Matrosen der königlichen Flotte, fällt der Sparamkeit der neuen Regierung zum Opfer. Die kranken und altersschwachen Seeleute siedeln in das Hospital von Ketterley über und das schöne, ursprünglich als Palast errichtete Gebäude in Greenwich wird in eine Kaserne verwandelt.

Rußland und Polen.

Konin, 23. Januar. Vor einigen Tagen wurde bei einem Koch, der im September als Amnestirter aus der Verbannung zurückgekehrt war, eine Hausdurchsuchung abgehalten und eine Menge Flugchriften, verbotene Bücher und auch eine Quantität Pulver, Blei nebst einem Revolver in Beschlag genommen. Der Mann selbst wurde nicht verhaftet, sondern nur unter strenge polizeiliche Aufsicht gestellt. Am 13. d. M. kam ein Geistlicher aus der Verbannung zurück, wohin er im Dezember 1864 geschickt worden war; er sollte seine frühere Probstei wieder übernehmen, welche zufällig gerade offen ist, zog es aber vor, Pässe zu nehmen und nach Paris zu gehen und dort ein passendes Unterkommen zu suchen. An eine Verbesserung des Einkommens der katholischen Geistlichen wird noch nicht gedacht und sind mehr derselben entschlossen, ihre Stellen aufzugeben und im Auslande ihr Fortkommen zu suchen, da es ihnen nicht möglich ist, mit einem Einkommen von circa 300 Rubeln bei der Theuerung der Lebensmittel und den Ansprüchen, die außerdem noch an sie gemacht werden, leben zu können. Unter solchen Umständen darf es nicht wundern, wenn die katholische Landbevölkerung mit der Zeit ebenso ohne Geistliche sein wird, wie sie jetzt ohne Lehrer ist, denn junge Leute, welche die Furcht vorm Soldatenstande sonst in die Klöster und Klerikalseminarien trieb, werden zuletzt lieber Soldaten, als daß sie sich einem Stande widmen, der ihnen neben dem Zölibate noch einen leeren Tisch bietet. Die Angelegenheiten bezüglich des onus fabricae bei Pfarr- und Kirchengebäuden wie auch der Stolzgebühren sind immer noch nicht geregelt und geben vielfach Veranlassungen zu Kollisionen zwischen den Eingepfarrten und den Patronen eventualiter mit der Regierung, da seit der Aufhebung der Dominal- und Patronatsrechte eigentlich auch die Patronatsver-

servatorium erbaut. Spörer erklärt sich gegen die Theorie von Wilson. Aus seinen lange fortgesetzten, genauen Beobachtungen mit 234maliger Vergrößerung ergibt sich, daß die Flecken sich nicht unterhalb, sondern oberhalb heller Flächen befinden, oberhalb der sogenannten Fackeln, welche von dem in einem matten Schleier gehüllten Sonnenkörper an den verschiedensten Stellen bis an den Polen hin hervorleuchten, und daß das, was man Hof oder Penumbra nennt, nichts anderes ist, als eine Zusammendrängung sehr kleiner Flecke, deren Zwischenräumen die helle Fläche durchblicken lassen, oberhalb welcher der Fleck sich befindet. Die Flecken zeigen häufig bei sehr günstiger Luft schon während einer Stunde auffallende Wechsel, wie es bei unsern Hausenwolken der Fall ist, wenn wir sie vor der Sonne erblicken. Mit Leichtigkeit erklärt sich danach die Erscheinung, daß bei einem größern behofen Flecken, wenn er an den Westrand der Sonne rückt und das ganze Gebilde matter wird, der Hof verhältnismäßig noch an Dunkelheit zunimmt. Indem nämlich der Flecken dem Rande näher rückt, werden jene Zwischenräume verdeckt, welche vorher zwischen den Hofflecken die untere helle Fläche durchschimmern ließen. Es kann hiernach die nach Wilson zur Erklärung der Penumbra notwendige Wolkenhülle zwischen dem Sonnenkern und der Photosphäre fortfallen, und es bleibt nur ein glühender Sonnenkern mit einer Photosphäre, was mit Kirchhoffs Annahme übereinstimmt. Somit sind nach Kirchhoff und Spörer die Sonnenflecken Wolken aus kondensirten Metaldämpfen. Nach Kirchhoff schwebt über der ersten Wolke in Folge der nach oben verminderten Wärmestrahlung eine zweite, weniger dichte Wolke und bewirkt die Penumbra. Alle diese Betrachtungen waren nöthig, um die Lichterscheinungen bei totalen Sonnenfinsternissen vollständig würdigen und ihre Bedeutungen für die physikalische Beschaffenheit des Sonnenkörpers recht erfassen zu können. (Fortsetzung folgt.)

Berichtigung. Im ersten Theile dieses Vortrages soll es heißen: „Er ging — ein seltener Fall — ohne Feind durch das Leben.“

pflüchungen aufgehört haben und sich Niemand zu diesen verpflichten will.

Von der polnischen Grenze, 19. Januar. Die russische Regierung hatte schon vor längerer Zeit in Berücksichtigung der ungenügenden Resultate des Getreidebaues, die in vergangene Jahre in dem eingetretenen Nothstande sich besonders für die Bevölkerung nachtheilig zeigten, veranlaßt gesehen, den bis dahin bestandenen Eingangszoll für Getreide aufzuheben. Die festgesetzte Zeit lief am 19. Dezember v. J. ab, die russischen Zollbeamten führten darauf den früheren Zoll von 5 Egr ohne Weiteres ein. Auf höheren Befehl ist der „R. G. Z.“ zufolge seit dem 13. d. M. (1. Januar alten Stils) jede Abgabe für den Import des Getreides gänzlich aufgehoben.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel, 18. Januar. Die Spannung zwischen der Türkei und Persien dauert fort. In Folge der letzten Grenzstreitigkeiten wurde das Verhalten des Ministers des Schahs gegen den türkischen Gesandten so hochfahrend, daß er den Verkehr mit demselben abbrechen und weitere Instruktionen erbitten mußte. Die Pforte fand sich veranlaßt, ihn ganz abzuweisen und man erwartet jetzt einen ernstern Bruch beider Mächte. — Hier wird behauptet, daß der Gesandte Riza Effendi sich in Teheran etwas frei über religiöse Materien ausgelassen habe, so daß die bigotten Perser seine Abberufung verlangen.

Im Hafen von Syra wird jetzt der Prozeß Hobart Pascha contra „Enosis“ an Bord der französischen Fregatte „Forbin“ vor einer gemischten Kommission verhandelt; der Ausgang des Rechtsstreits, schreibt man der „A. Z.“, kann kaum zweifelhaft sein. Hobart Pascha muß zugestehen, daß, als er der „Enosis“ ansichtig wurde, sie aus dem Bereich der Blokade heraus war und sich in griechischem Gewässer befand, von einem griechischen Hafen (Paros) zum andern gehend. Daß die „Enosis“ einen Blokadebruch begangen, ist eine Thatsache, welche der türkische Admiral in seiner Klageschrift nur „glaubt“. Wegen dieses Blokadebruchs hatte der Tzeddin demnach durchaus kein Recht, den griechischen Dampfer zu verfolgen. Auch war Hobart Pascha durchaus nicht berechtigt, die „Enosis“ anzuhalten und zu durchsuchen, da das Visitationsrecht nur im Kriegszustande besteht oder an den afrikanischen Küsten. Die Anklage auf Piraterie steht somit auf sehr schwachen Füßen, und die griechischen Gerichte wären durchaus berechtigt, zu erkennen, daß der Akt der Piraterie von türkischer Seite begangen worden.

Amerika.

Newyork, 9. Januar. Eine kleine Militärabtheilung, welche von General Stoneman einem Sheriff von Prinzess Annes county, Virginiten, zu Hilfe geschickt worden waren, traf auf großen Widerstand von Seiten der Neger, welche einen Sergeanten tödteten. Darauf wurden die Neger von den Truppen angegriffen und drei von den ersten fielen. — General Porter, vom Stabe des General Grant, meldet, daß die Rebellen in Arkansas Angriffe auf die Unionisten machten, daß er eine Miliz zu seinem Schutze organisierte und dieser erlaubte, das Eigentum der Rebellen zu Zwecken des Lebensunterhaltes zu plündern. — Im Senate ist eine Bill eingebracht worden Behufs Erhebung einer sechsprozentigen Anleihe im Betrage von 8 Millionen Dollars auf 30 Jahre, zum Zwecke einer Kabelleitung zwischen Kalifornien und China. — General Dulce hatte die Entfernung aller Büsten Napoléons und aller anderen „Bourbonensymbole“ von den öffentlichen Plätzen Havanas angeordnet.

Vom Landtage.

37. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 23. Januar. Eröffnung um 10 1/2 Uhr. — Am Ministertisch: Dr. Leonhardt. — Abg. Miquel ist in das Haus eingetreten. — Der Präsident ernennt zum Referenten über das Gesetz betr. die Legung von Markstein zum Zwecke der Landestriangulation die Abg. Dr. Karsten und v. Seydewitz. Auf der Tagesordnung steht die Vorberatung über das Gesetz betr. den Eigentumsverlust und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerke und selbstständigen Gerichte.

Es liegen zu dem Gesetzentwurf zahlreiche Amendements der Abg. Baehr, Laster, Decker, Graf Renard vor, deren Vortrags besser in einem späteren Stadium der Beratung mitgeteilt werden wird. Für den Bericht über die heutige Verhandlung, die mit der Verweisung an eine Kommission voraussichtlich schließen wird, mag die Fixierung der allgemeinen Gesichtspunkte der einzelnen Redner genügen.

Abg. Zweiten beantragt, die Generaldiskussion nicht über das ganze Gesetz, sondern über die einzelnen Abschnitte desselben zu eröffnen, da die Debatte dadurch übersichtlicher werde und die einzelnen Redner mehr zu ihrem Rechte kommen würden. — Abg. Waldeck widerspricht diesem Antrag, da in dem Gesetze Alles zusammenhänge, und die Debatte deshalb leicht von einem Abschnitt in den andern übergreifen werde. — Abg. v. Sastrow ist gleichfalls gegen den Antrag Zweiten; man werde ja doch wohl nach Schluß der Generaldebatte das Gesetz an eine Kommission verweisen müssen. Abg. Zweiten hält seinen Antrag aufrecht; damit, die Sache nach Schluß der Generaldiskussion an eine Kommission zu verweisen, sei er durchaus einverstanden.

Präsident v. Forckenbeck hält die Annahme des Antrages Zweiten gleichfalls nicht für ratsam; er habe in dieser Beziehung schon mannigfache Erfahrungen gemacht, wie z. B. bei der Generaldiskussion über den Etat des Kultusministeriums, wo man bei den einzelnen Abschnitten immer dieselbe Generaldiskussion gehabt habe. Sollte das Gesetz nicht an eine Kommission verwiesen werden, so würde er allerdings für notwendig halten, nach Schluß der Generaldiskussion eine Spezialdiskussion über die einzelnen Abschnitte, nicht bloß über die einzelnen Paragraphen eintreten zu lassen. — Der Antrag Zweiten wird abgelehnt, die Generaldiskussion also über das ganze Gesetz eröffnet.

Abg. Baehr (Kassel) erklärt sich für den Entwurf, weil er denselben als geeignete Grundlage für eine Gesetzgebung anerkennt. Er sei einverstanden, mit der legislativen Methode, dem Herausgreifen eines einzelnen Stücks unseres Rechtslebens zur Neugestaltung, dem Aufgeben der Kausalität, desgleichen mit den Grundgedanken des Entwurfs. Er findet diesen Grundgedanken darin, den Budeintrag zu einer Bedeutung zu erheben, kraft deren er einen durchgreifenden Schutz für den bona fide Verkehr gewähre. Alle übrigen sogenannten Prinzipienfragen seien mehr sekundärer Natur; so auch die Frage über das sogenannte Legalitätsprinzip. Winder befriedigend sei der Ausbau des Gesetzes. Der Entwurf leide an der Tendenz, die Extreme zu beschneiden. Dadurch werde derselbe minder wohlthätig wirken. Auf Details will Redner nicht eingehen, sondern nur zwei Punkte näher besprechen. Zunächst die Konstruktion des Abschnittes vom Eigentumsverlust. Es sei eine Täuschung, wenn der Entwurf den Gegensatz von „natürlichem“ und „bürgerlichem“ Eigentum überwinden zu haben glaube. Es fehle nur der entsprechende Ausbau dieses Gegensatzes, der von diesem Systeme untrennbar sei. Es sei namentlich zu tadeln, daß der Entwurf die materielle Ansehung eines unrechtmäßigen Eintrages gegen Dritte unbedingt ausschließe. Es sei nun Bedürfnis, den bona fide Erwerb zu schützen. So enthalte es das Schicksal und Mecklenburger Recht; auch der von der Regierung selbst vorgelegte Erbscheinsgesetzentwurf, der ein analoges

Verhältnis zum Gegenstand habe, endlich auch das preussische Landrecht, welches, wenn auch in seiner wissenschaftlichen Methode nicht zu billigen, doch einen unendlichen Fond materiellen Rechtsinnes enthalte, und dessen Grundzüge nur nach ernster Prüfung aufzugeben seien. Als zweiten Punkt bespricht Redner das Unabhängigkeitsverhältnis der Hypothek zur persönlichen Forderung. Wichtig verstanden bedeute dasselbe, daß es zulässig sein müsse, lediglich dinglich hypothekarisch sich zu verpflichten. Der Entwurf habe daraus den Satz gemacht, die Hypothek soll von allen Einreden wider den Bestand der Schuld frei sein. Es sei dieser Satz nicht haltbar, entspreche auch nicht dem Mecklenburger Recht. Nur wenn der Hypothekenbrief in zweite Hand gelange, sei er einer solchen Behandlung, gleich dem Wechsel, fähig. Ueber die Frage, ob man den Hypothekenbrief in dieser Weise behandeln solle, spricht Redner sich dahin aus, daß er die Erhebung der Hypothek zu einem auf das Grundeigentum gezogenen Wechsel keinesfalls als die ausschließliche Form der Hypothek wolle, daß er vielmehr daneben die Schaffung einer Hypothek nach Analogie des Schuttscheins wünsche. Man soll dem Leben zwischen beiden Formen die Wahl lassen. Redner schließt unter Verweisung auf einen Auspruch Savignys vom „chirurgischen Messer“ und bemerkt: Das Messer, womit wir hier operieren wollen, ist sehr scharf geschliffen. Hüten wir uns, hüten wir uns, daß wir nicht in gesundes Fleisch schneiden.

Abg. Reichensperger (gegen die Vorlage) verbreitet sich zunächst im Allgemeinen über das Verhältnis des Real- und Personalrechts und wendet sich dann gegen den Entwurf, der nur geeignet sei, das Grundeigentum zu einem möglichst bequemen Objekt der Verpfändung zu machen. Die Folge einer solchen Mobilisierung des Grundeigentums müsse die sein, daß dasselbe in kurzer Zeit in die Hände des Großkapitals übergehen und irdische Verhältnisse schaffen werde mit einem ländlichen Proletariat, das nur zum Ruin des Staates führe. Der Hauptgefahrpunkt, von dem der Entwurf ausgehe, sei der der Erleichterung des Eigentumsverlustes und des Hypothekenverlustes, und um diese zu erzielen, solle künftig die einfache Erklärung vor dem Hypothekenbeamten genügen, um irreversibles Recht zu schaffen. Dies scheine freilich sehr einfach, widerspreche aber der ganzen neueren Rechtsanschauung, welche an Stelle des formalen immer mehr das materielle Recht zu setzen bestrebt sei; von materiellen Schutzmitteln, die die Gesetzgebung gewähre, sei nicht mehr die Rede, wenn der Eigentümer des Grundstücks durch seine bloße Erklärung seinen Besitz auf einen Anderen übergeben lassen oder mit Hypotheken in beliebiger Höhe belasten könne. Das Grundeigentum in Preußen sei schon jetzt überlastet, man möge deshalb nicht einem Gesetze zustimmen, das dies Uebel nur verschlimmern könne. Ganz besonders würde der kleine Grundbesitz darunter leiden; wenn deshalb auch vielleicht dem schon hochverschuldeten Großgrundbesitz einige Erleichterung gewährt werde, so dürfe doch nicht mit Rücksicht auf diesen „Luxus“ die große Mehrzahl der Grundeigentümer geschädigt werden, denn mit dieser sei das Interesse des Staats auf das Innigste verflochten. Er empfehle deshalb die Ablehnung des Entwurfs.

Reg.-Kommiss. Dr. Förster: Daß bei einer Gesetzesvorlage, wie die vorliegende, zahlreiche Widerspruch sich erheben und daher Widerstand sich zeigen würde, war zu erwarten. Der Widerspruch kommt von zwei Seiten her. Die an das bisherige System des Rechts gewöhnten Juristen sagen, das Gesetz ginge zu weit und alterte die alten Rechtsgrundsätze. Auf dieser Seite sehen wir eine gewisse partikularistische Strömung für das altgewohnte Recht sich entwickeln. Diejenigen, welche weniger das juristische Interesse, sondern mehr das Bedürfnis des Rechts, die volkswirtschaftliche Seite der Frage im Auge haben, sagen wieder: „Der Entwurf geht nicht weit genug; er trägt dem obwaltenden Bedürfnis nicht hinreichend Rechnung.“ Vielleicht giebt diese gerade eine Gewähr für den Entwurf, daß die Angriffe von so verschiedenen Seiten kommen, eine Gewähr dafür, daß der Entwurf gerade den richtigen Mittelweg einhält, das heißt den durchführbaren Weg nach dem erreichbaren Ziel, indem er eine Reform herbeiführen will, sich dabei aber von Illusionen und Phrasen fernhalten, denen wir auf diesem Gebiete häufig begegnen. — Der Verfechter wird es wohl kaum bedürfen, daß die Staatsregierung von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß ein solches Gesetz niemals absolut fertig, sondern immer noch verbesserungsfähig ist. Die vorgeschlagenen Änderungen wird die Regierung deshalb der unbefangenen Prüfung unterziehen, und wirtliche Verbesserungen bestens akzeptieren; sie wird natürlich diejenigen Änderungen zurückweisen müssen, welche die Einheitlichkeit des Prinzips, den inneren Zusammenhang des Gesetzes alterten. — Das ist ja eben der große Mangel unserer bisherigen privatrechtlichen Gesetzgebung, vom allgemeinen Landrecht an bis auf die Gesetze der neuesten Zeit, daß die Einheitlichkeit der Gesetzgebung durchbrochen wird durch Ausnahmen, die man „aus Billigkeitsrücksichten“ einführt und die auf der andern Seite zu Unbilligkeiten führen, oder daß man auf Nützlichkeitsrücksichten in einzelnen Fällen zu große Rücksicht nahm. Daher die Alles überwuchernde und doch niemals erschöpfende Kausalität, der Mangel eines durchsichtigen und überall erkennbaren Rechtes. Wollen wir ein einheitliches Recht für den ganzen Staat, so müssen wir mit dem kausalistischen Charakter unserer bisherigen Gesetzgebung vollständig brechen. — In dieser Beziehung soll der vorliegende Gesetzentwurf ein Versuch sein. Mit dieser Eigentümlichkeit des Entwurfs hängt eine andere zusammen, der Entwurf vermeidet jede bevorzogene Vorzugstellung gegen Leihfiskal und Ueberreitungen und beseitigt die mannigfachen Detailbestimmungen, die das Landrecht in dieser Beziehung giebt, die aber doch ihr Ziel niemals erreichen und nur für diejenigen eine Belästigung sind, die ihr Recht und ihre Interessen mit Sorgfalt und Ueberlegung zu betreiben gewohnt sind, und in ihrer freien Bewegung durch solche lästigen vorsorglichen Bestimmungen nur gehemmt werden. — Was nun die Frage anbetrifft, ob das angebotene Material ausreichend ist zu einer Entscheidung über ein so wichtiges Gesetz, so hat die Staatsregierung nicht zweifeln können, diese Frage ohne Bedenken zu bejahen. Das Material ist überreife. Die öffentliche Diskussion hat sich seit Jahren in umfassender Weise mit dieser Frage beschäftigt, die Literatur darüber ist eine fast unerschöpfbare Masse. In öffentlichen Verhandlungen beider Häuser des Landtages ist darüber beraten. Berichte von Behörden, Sachverständigen und Universitäten sind eingeholt worden. Die Regierung hat deshalb keinen Anstand nehmen können, jetzt den Entwurf dem Hause vorzulegen, um ihn zum endlichen gesetzlichen Abschluß zu bringen, und sie hat den dringenden Wunsch, dies ohne weitere Verzögerung zu erreichen, zumal die Verhältnisse in den anderen Provinzen eine Beschleunigung dringend wünschenswert machen. — Bei der Ausarbeitung des Entwurfs ist ein allgemeiner Standpunkt eingenommen worden, und die Regierung hofft, daß dieser die Billigung des Hauses erhalten wird, indem dieser Standpunkt nicht nur ein nützlicher, sondern ein sehr notwendiger, also nicht willkürlich gewählt ist. Es soll durch denselben ein einheitliches Recht für den ganzen Staat eingeführt werden, wo wir bisher 3 Rechtskreise haben, des gemeinen deutschen, des allgemeinen Landrechts und des preussischen Landrechts. — Aus allen drei Gebieten sind schon wiederholte und dringliche Klagen über den Rechtszustand auf dem Gebiete des Immobilien-Kredits laut geworden; allgemein ist die Klage, daß die bestehende Hypothekengesetzgebung den heutigen Bedürfnissen des Verkehrs und der gegenwärtigen Wirtschaftsmethode nicht mehr entspreche. — Relativ am leichtesten läßt sich die im Gesetz angebotene Reform in das Gebiet einführen, wo die Hypotheken-Ordnung und das allgemeine Landrecht gilt. Dort wo schon Grund- und Hypothekenbücher existieren, bedarf es nicht einer totalen Neubildung, sondern nur einer Fortbildung des bereits Bestehenden. Deshalb nur hat die Vorlage zunächst die Bestimmungen erhalten, in diesen Landestheilen zur Geltung zu kommen; es ist aber die feste Absicht der Regierung, nach denselben Grundsätzen auch nachher in den übrigen Landestheilen vorzugehen. Es versteht sich dabei von selbst, daß man den Uebergang in sorgfältige Erörterung ziehen muß. Man würde den Entwurf deshalb unrichtig beurteilen, wenn man ihn nur nach den Bedürfnissen der Landestheile ansehen wollte, wo das Allg. Landrecht und die Hypothekenordnung gilt. Wenn das die Absicht gewesen wäre, konnte allerdings die Reform in engere Grenzen gezogen werden; man hätte sich dann damit begnügen können, einige veraltete Bestimmungen aufzuheben, Kontroversen zu beseitigen und gewisse formelle Erleichterungen herbeizuführen. Dann hätten wir aber von vornherein verzichten müssen auf das Streben nach einem einheitlichen Recht in unserem Staate, verzichten auf den Anschluß und Ausgleich mit denjenigen Staaten des Norddeutschen Bundes, die in neuerer Zeit in dieser Frage Fortschritte gemacht haben, die wir erst noch erreichen sollen. — Redner ging sodann die einzelnen Abschnitte des Gesetzes durch und erläuterte den Grundgedanken derselben; er wies sodann nach, daß die bereits geschehenen und noch bevorstehenden Änderungen in unserer Gesetzgebung auf merkantilem Gebiet die Reform auf diesem Gebiet noch viel dringlicher machen und schloß mit den Worten: „Eine Reform giebt die andere nach; wir müssen den Muth haben, das

Ueberlieferte durch Neues zu ersetzen. Wie auch die Änderungen ausfallen mögen, die Sie an dem Gesetze beschließen, der Abschluß desselben wird ein Zeugnis dafür sein, ob wir in Preußen Einsicht, Kraft und Willen haben, ein nationales einheitliches Recht zu schaffen und das Fremdartige auszusondern, oder ob wir auch noch fernerhin im partikularistischen Rechte stehen wollen.

Abg. v. Böttcher stellt den Antrag, das Gesetz an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Laster für den Gesetzentwurf, der so klar und durchsichtig ist, daß für den Sachverständigen Vorzüge und Mängel auf den ersten Blick erkennbar seien. Redner geht zunächst auf die gegenwärtig geltenden Bestimmungen des Landrechts ein, welches gerade durch das Bestreben, die dinglichen Rechte zu schützen, eine Verwirrung hervorgerufen habe, die sich Recht in Frage stelle. Die Möglichkeit des Eigentumsüberganges könne auf 3 verschiedene Weisen gedacht werden; entweder durch körperliche Uebergabe oder — durch Vertrag oder und dies sei die Grundidee des allgemeinen Rechts — durch öffentliche Anerkennung, daß das Eigentum von einem andern übergeben solle. Das Landrecht verlange zu einem gültigen Eigentumsübergang alle drei Wege zugleich und schaffe durch eine solche Kumulation der Erfordernisse einen Krieg aller gegen Alle. Niemand wolle solche Rechte der wahre oder eingetragene Eigentümer habe, es sei eine Verwirrung, welche kein Jurist zu lösen im Stande sei. Die Frage sei, wie man diesem Uebel abhelfen könne; ob nur ein abgeschlossener Vertrag oder die Besitzübergabe oder das einfache öffentliche Bekenntnis für den Eigentumsübergang entscheiden solle. Jede Kombination zweier Theorien zur Lösung der Frage sei also die, die beiden erheben Requiriten schonungslos wegzulassen zu lassen, da im Interesse des Staates das Prinzip der Öffentlichkeit des immobilien Eigentums notwendig aufrecht erhalten werden müsse. Das Eigentum werde dann künftig dadurch aus einer Hand in die andere übergeben, daß der Eigentümer erklärt: der soll Eigentümmer sein, während der andere erklärt: ich will Eigentümmer sein. Vollgültig werde dieser Uebergang durch Eintragung in das öffentliche Grundbuch, wodurch ausgedrückt werde, daß Jedem, der ein Interesse daran habe, bekannt worden sei, der Grundeigentümer hat gewechselt. Die Öffentlichkeit, die jetzt noch mit dem Abschluß des Vertrages und der Uebergabe verbunden sei, werde deshalb nicht wegzulassen; denn zum Abschluß eines solchen Eigentumsübergangs werde nicht eine schriftliche Beglaubigung ausreichen, beide Parteien würden persönlich vor dem Richter erscheinen und ihre Erklärung mündlich abgeben müssen. Unter dieser Voraussetzung aber könne die Auflassung und die Eintragung in das Grundbuch, um irreversibles Recht zu schaffen; als einziger Grund der Revolution dürfe der Umstand anerkannt werden, daß der Verfechter selbst fehlerhaft vor sich gegangen sei, daß Betrug, Minderjährigkeit und dergleichen im Spiele gewesen sei. Dies erkenne der Entwurf an, und dennoch führe er das Prinzip nicht konsequent durch, da er aus dem alten preussischen Recht eine Kleinigkeit entnehme für Parzellierungen herübernehme. Er bedauere diese Entstellung, ihm wie eine altpreussische Perle vorkomme, welche man der Schöpfung wieder aufessen wolle, oder wie ein Schöpfungsgeld, welches einer alten Dame aus weitere Reisen mitgenommen werde. Leider sei er die Ueber einstimmung, in welcher er sich mit dem ersten Theile befand, nicht auf den zweiten Theil übertragen, welcher sich mit den Hypotheken beschäftigte. Der Entwurf mache hier den Eindruck, als sei die Einheitlichkeit und Unbestimmtheit des bisherigen Zustandes nicht nur nicht beseitigt, sondern dadurch noch vermehrt, daß er die Uebelstände anerkenne, ohne sie zu beseitigen; eine Nutzenanwendung davon für die Zukunft zu machen. Die Hypothek werde behandelt wie ein Kind der persönlichen Forderung, welches sich von der Hand des Vaters zwar emanzipiert und eigene Füße gestellt habe, immer wieder mit demselben zusammengebracht und unter viel ungünstigen Bedingungen gestellt werde als in dem Zustande der Selbstständigkeit. Der Hypothek sei das Prinzip der Öffentlichkeit längst anerkannt, statt sich selbst aber rein durchzuführen, verlange man auch hier wieder ein Gesetz von Vertrag und Öffentlichkeit. Man verlange zur Begründung der Hypothek einen vorangegangenen Vertrag mit persönlicher Verpflichtung, doch widerspreche eine solche Forderung, die auf dem römischen Recht ganz und gar unseren Rechtsverhältnissen. Zur Begründung einer Hypothek müsse eine einfache Erklärung des Eigentümers genügen, durch die dieser dem Gläubiger ein gewisses Recht auf das Eigentum einräumt. Es sei durchaus nicht nötig, daß dieses eingeräumte Recht sich unmittelbar an das einem Andern zustehende Recht anschließe. Sehr wohl könnte der Eigentümer sich für eine spätere Disposition einen locus open halten, daraus folge von selbst die Logik der Hypothek des Eigentümers. Letztere sei nichts anderes als eine Beschränkung der Hypothekenbefugnisse, der Eigentümer dem folgenden Hypothekengläubiger nur solche Verfügungen gemacht habe, die ihm gestatten, über eine vorbehaltene Rinde nach Belieben zu verfügen; wäre so die Hypothek des Eigentümers logisch begründet, so müßte sie auch aus dem Gesetz fern bleiben, und wäre durchaus falsch — wie der Entwurf es thut — die Institution einen juristischen Unfuss zu erklären, sie aber doch in ein Gesetz aufzunehmen zu wollen, weil das praktische Leben sie fordere.

Abg. Waldeck bekämpft die Vorlage, weil sie den hohlen Schein der Gegenwart, die in Frankreich und bei uns herrschende Ueberlegenheit des Kredits fördert, dagegen die Unterlage des soliden Kredits untergräbt. Mit dieser im Abfließen begriffenen Strömung sich abzufinden sollte das Ziel unserer Gesetzgebung sein, welche aus der friederizianischen den unvergleichlichen Schatz der besten Hypothekenordnung gerettet hat. Werth der Jurist erst durch das Leben und die Erfahrung würdigen. Mögliche Teilbarkeit des Grundbesitzes ist zu erstreben, aber die Wohl vom Himmel gefallene Weisheit der Gegenwart besteht nur darin, ohne Vertrag Eigentum zu übertragen, als ob der Zweck des Grundbesitzes wäre, fuhlschakt zu werden. — Im weiteren Verlaufe seines Vortrags wird der Redner schwer verständlich und geht in das Detail der Gesetzgebung so sehr ein, daß seine Debatte fast ganz verloren geht.

Zusammenfassung Dr. Leonhardt: Meine Herren! Es ist ein Wunsch gestellt worden, den Gesetzentwurf zur kommissarischen Beratung zu stellen; ich kann mich gegen diesen Antrag nicht erklären, das würde mir gar nichts helfen. Ich muß meinerseits anerkennen, daß bei so wichtigen und tief eingreifenden Gesetzen es sehr wünschenswert ist, daß die Sache diskutiert werden und durch die Diskussion zur Reife kommen und gesetzgebenden Versammlung; daß Letzteres bisher der Fall sei, das nicht annehmen. Von den vier Herren, die bis jetzt gesprochen, haben drei überwiegend gegen den Entwurf ausgesprochen; ich tröste mich in Beziehung damit, daß die Herren Redner Türken sind (Heiterkeit), daß es gewiß außerordentlich schwer hält für Jemand, der mit juristischem Sinn an das Gesetz geht, nicht große Bedenken zu empfinden. Ich muß auch vielleicht der Hoffnung hingeben, daß der Satz Platz greife: bus certantibus tertius gaudet. Ich wünsche, daß der Eindruck nicht Verwirrung komme, den ich bei der Diskussion gehabt habe, daß Bessere der Feind des Guten ist. Ich bemerke, daß die Regierung die Weisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission nicht erwünscht sein ließe. Wenn der Entwurf jetzt an eine Kommission verwiesen wird, so ist es selbstverständlich, daß in dieser Diät aus der Gesetzesvorlage nichts Ob in der nächsten Diät dann die Vorlage Ihre Beratungen und zum einstimmigen Beschlusse beider Häuser gelangen wird, dahin: Dadurch wird die Sache also sehr verzögert werden. kommt die Regierung noch in Betracht, daß, bevor zu einer festen, sicheren Regelung der Gerichtsverfassung geschritten werden kann, noch die wichtige und umfassende Gesetzentwürfe die Beratungen des Hauses passieren müssen. Wann soll die Zeit kommen, wo diese Gesetzentwürfe Beschlusse gelangen? Wie gesagt, erwünscht ist die Verweisung an eine Kommission sicher nicht, aber ich kann mich gegen den Antrag nicht erklären. Bei dieser Sachlage will ich mich auf Einzelnes überall nicht einlassen. Ich habe Sie mit nur einige allgemeine Bemerkungen. Seitdem ich den Gesetzentwurf eingebracht habe, hat man denselben zwei allgemeinen Vorwürfe gemacht: einerseits, soll der Gesetzentwurf revolutionär, andererseits reaktionär. Diese Gegensätze lassen nichts zu überbrücken. (Heiterkeit) Der erste Einwurf könnte bei ganz sachlicher Betrachtung der Sache etwas für sich zu haben. Hinsichtlich des zweiten Einwurfs will sich Niemand zur Erfindung der Revolutionen othen Bedenken belassen; eine Partei schiebt die Erfindung der Revolution zu. M. H.! Dem Gesetzentwurf liegt zu Grunde: das konservative Prinzip. Unter diesem konservativen Prinzip verstehe ich nichts Anderes, als das Verlangen und das Erhalten einer festen und sicheren Grundlage in der Rechtsentwicklung; dieses Prinzip geht nicht, die Zeitströmungen und augenblicklichen Anschauungen in die

(Fortsetzung in der Beilage)

26. Januar 1869.

Sulmierzycze geschossen, antwortete dieser selbst mit „Ja“. Der Schmerblutende wurde nun verbunden, nach Ostrowo gefahren, wo er im Kreislazareth liegt. Seine Wunde soll lebensgefährlich sein, auch hat er noch gehern die Sterbesakramente empfangen. Von der 1. Regierung zu Posen, an welche noch gestern per Telegraph die Anzeige gelangte, sind durch amtssblattliche Bekanntmachungen 200 Thlr. und dem Fürsten Thurn und Taxis 100 Thlr. für die Hafthaftmerdung des gefürchteten Verbrechers ausgesetzt. Dem Gendarm Belz gebührt vor Allem für die Ermittlung des Verbrechers vollste Anerkennung. Schlahta hatte seit dem vor ungefähr fünf Jahren erfolgten Entkommen aus der Haft, besonders in unserem und dem Krotzghiner Kreise bedeutend unter dem Wildpret aufgeräumt. Außer der mehrmaligen Desertion vom Militär und einem Mordversuch gegen einen Israeliten aus Schildberg, wofür er zu 16 Jahre Zuchthaus bereits rechtskräftig verurtheilt war, hat er wiederum einen Mordversuch vor etwa drei Jahren an dem Gendarm Suder aus Sulmierzycze, der, da Schlahta schon geschworen haben soll, ihn zu tödten, nach Jarocin verjagt worden ist, verübt, auch mehrere der fürstlich Thurn- und Taxischen Vorsteher, wenn sie ihn verfolgten, vermundet.

P e r m i s s i o n e s.

* Man schreibt der „Voss. Zig.“: „Mit den Recherchen in der Angelegenheit des unglücklichen Handelsmannes Kündes war, wie dies jetzt bei allen Kapitalverbrechen geschieht, die gesamte Kriminalpolizei betraut und alle Beamten desselben haben sich in gleicher Weise um die Entdeckung des Verbrechens verdient gemacht. Daß die Recherchen einen so raschen Erfolg hatten, ist übrigens allein einem Privatmann, und zwar den am Grünen Weg wohnenden Schneidermeister Müller zu verdanken. Er war derjenige, welcher zuerst den aufgefundenen Stod mit Bestimmtheit recognoscirte und die Kriminalpolizei auf v. Baftrow, dessen Neigung zu unnatürlichen Ausschweifungen er kannte, aufmerksam machte. Aus diesem Anhaltspunkte ergab sich das Uebrige gewissermaßen von selbst. — Nachdem v. Baftrow seines Verbrechens so gut wie überführt ist, hört man jetzt erst über denselben so Manches verlauten, was die Vermuthung immer wahrscheinlicher macht, daß er auch dem Corny'schen Morde nicht fern steht. So befindet sich z. B. eine Frau, deren Wohnung zur damaligen Zeit nur durch eine Thür von der v. Baftrow'schen getrennt war, daß dieser seit jenem Tage eine auffallende Veränderung in seinem Benehmen gezeigt habe. Er soll noch bis auf lange Zeit nachher sich beständig in großer Aufregung befinden haben und des Nachts, anstatt zu schlafen, in seinem Zimmer auf und ab gelaufen sein. Die Recherchen in dieser traurigen Angelegenheit sind jetzt natürlich mit dem größten Eifer wieder aufgenommen worden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wafner in Posen.

Angenommene Fremde

vom 25. Januar.

MYLIUS' HOTEL D. DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Waarrh aus Modra, v. Grabst aus Brunsrow, Windel aus Erczin, Rolin aus Gwarzewo, Premierlieutenant Wardt aus Reisse, Bauunternehmer Jansen aus Pudewitz, Fabrikant Schneider und die Kaufleute Wechselmann, Godebuh und Ruß aus Berlin, Freudenberg aus Erfurt, Bluen aus Paris, Schmidt aus Breslau, Ehoten aus Bingen und Lemv aus Hamburg.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Promnitz aus Frankfurt a. D., Berger aus Berlin, Meyer aus Heidingfelde, Kabisch aus Santomysl, v. Wierzbicki aus Gnesen, die Gutsbesitzer Neppbahn aus Pleschen und Taurnitz aus Strzelitz, Agronom v. Budzynski aus Pafafzyn, Agronom Kugiel aus Chmalowo, Brennereipächter Rudolphi aus Hildesheim und Translatleur Weise aus Schrimm.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Baron v. Etorff und Frau aus Piatowo, Ritter aus Rittershof, die Direktoren M. linek aus Neissen, v. Dalwig aus Sackern, Ingenieur Corlek aus London, Bürgermeister Biese und Apotheker Weise aus Nakel, die Kaufleute Krause aus Königsfahl, Termer aus Krefeld, Seipel aus Hamburg, Wiens, Diefenroth, v. Schlichting, Laufer und Küper aus Berlin, Wallengrön aus Eberfeld, Feldmann aus Krefeld, Neugas aus Frankfurt a. M., Gerhardt aus Eberfeld, Runge aus Götting, Möller aus Hamburg, Drlomski aus Wien, Roth aus Genua.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Weiß aus Konin, Kaplan aus Schroda, Frau Sternberg und Tochter aus Pleschen, Inspektor Czwikinski aus Koszajane.

0EEMIG'S HOTEL DE FRANCE. D. Gutsbesitzer v. Rosjczewski aus Se-
 ziovti, v. Brodowski aus Szary, v. Radonski und Frau aus Krzes-
 lica, v. Wrozninski und Frau aus Biola, v. Dziembowski aus Kosz-
 tomo, v. Dziembowski aus Polen, v. Szczaniectsi aus Chabowo,
 Dzik aus Vornenica, Nehring aus Sotolinki, die Kaufleute Lampredt
 aus Grünberg, Siegrist aus Biebrich, Malatoff aus Stettin, Agent
 Köster aus Schwedt a. D.

SCHWARZER ADLER. Detonom Ogdowski aus Murgynowo, Br. v. Zborowski aus Bongrowitz, Rittergutsbesitzer v. Koperaki aus Stepczin, Kreisrichter v. Zborowski aus Myslowitz, Wirtschaftsinспекtor Sedel aus Rydlemo, die Gutsbesitzer Frau Dittmann aus Myczkowo, Scheller aus Piela.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Gutsbesitzer Lehmann aus Ludom, Anders aus Pawlowo, Inspektor Lehmann aus Pawlko, Lieutenant Berger und Partikulier Gramsch aus Zembowo, Sängcr Stuttein aus Frankreich, die Kaufleute Süßmann und Glück aus Breslau.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Simon aus
Nogomo, Weiß aus Berlin, Levy aus Kogasen, Weil aus Biffa,
Cohn aus Krenit, Kantorowicz aus Breschen, Ganz aus Kreuznach,
Buchhalter Przybylski aus Grag, Versicherungsinpektor v. d. Schul-
tenburg aus Berlin, Pharmazant Deglan aus Neustadt b. Pinne,
Rabbiner Israel aus Czerniejewo, Beamter Buchholz aus Breslau,
die Wirthschaftsinpektoren Müller aus Lubowo, Marlowski aus
Omieczki, Möbus aus Karnizjemo.

HOTEL DU NORD. Privatier v. Malczewski aus Mielin, Privatier v. Kaniewski aus Breslau, Gymnasiallehrer Dr. v. Samronski aus Ostrowo, die Rittergutsbesitzer v. Saniecki und v. Malczewski aus Rybno, v. Mielencki aus Mielaga.

BAZAR. Die Gutsherrscher Krajewski aus Komorze, Zycklinski aus Brzozowica, Bugowski jun. aus Pomorzanti, Parazinski aus Polen, Kozwadowski aus Galizien.

DREI LILIEN. Schmiedemeister Petschke aus Konin, Holzhändler Dudai aus Sieradz und Bürger Krause aus Schwerin.

Gzerniejewo, v. Lacti aus Rottm, Graf Kivleci aus Kobelnit, Administrator Neuman aus Kolaczkowo, die Kaufleute Löwinsohn aus Wien, Neumann aus Würzburg, Diekmann aus Stettin, Neufeld aus Berlin

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Chryzanowski aus Obieczanowo, Gutspächter Krolowski aus Sydowo, Norowski aus Uscz.
KRUG'S HOTEL. Fel. v. Reihn aus Pudewitz, Pferdehändler Wiaz Cohn aus Frankfurt, Kaufmann Pohl aus Lusowitz.

Königliches Geschenk. Nachdem im Laufe vergangenen Sommers von Sr. M. dem Könige der hiesigen k. Regierung ein großes Delbild, darstellend den hochseligen König Friedrich Wilhelm IV., geschenkt worden war, langte am vergangenen Freitag, gleichfalls königliches Geschenk, das Bild Sr. M. des Königs an. Beide Bilder werden im Plenar-Sitzungslocale des hiesigen k. Regierungsgebäudes aufgestellt und, am Mittwoch, wie wir hören, feierlich entbüllt werden.

Die neustädtische evangelische Kirche. Es ist an Se. Maj. von Seiten des Gemeinde-Kirchenrathes eine Einladung ergangen, der Beihaltung der neustädtischen evangelischen Kirche beizuwohnen und einen Tag darz. bestimmen zu wollen, an welchem dieselbe stattfinden könne. Der Tag hat es dem Gemeinde-Kirchenrath überlassen, einen Tag auszuwählen mit ziemlicher Sicherheit seine Anwesenheit bei dem feierlichen Einigungsakte zugesagt. So ist denn vom Gemeinde-Kirchenrath definitiv der 12. März, ein Mittwoch, 1½ Woche vor Palmsonntag, als Tag der Einigung festgesetzt worden.

Militärisches. Vor einigen Tagen brachte ein hiesiges Blatt Nachricht, daß die Reservisten demnächst in Höhe von 200 Mann per Regiment zu einer Uebung eingezogen werden sollen. Nach genauer Information über diese Angelegenheit können wir mittheilen, daß von einem Einmarsch der Reservisten des 5. Armee-corps, um welches zunächst es sich hier handelt, an maßgebender Stelle nichts bekannt ist. Möglicherweise ist irrthümliche Mittheilung dadurch hervorgerufen worden, daß die Einziehung derjenigen Reservisten, welche dem Schiffsstande angehören, und die sich zunächst auf ihren Privaturlaub während des Sommers nicht eingezogen haben, in üblicher Weise während dieses Winters angeordnet worden ist. Die Anzahl dieser sämtlichen Reservisten im 5. Armee-corps beträgt jedoch nicht mehr, als höchstens 120 Mann.

— **Inhalts-Verbetterungen.** Die Salarien-Rassen-Rendanten Departements hatten sich an das Haus der Abgeordneten mit einer Petition um Verbesserung ihrer Gehälter gewandt. Diese Petition ist in Folge des günstigen Urtheils der Budgetkommission, der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Wie wir hören, werden die Rendantengehälter im Laufe dieses Jahres um 100 resp. 150 Thlr. erhöht werden.

Die städtische Armenpflege. Im Jahr 1867 betrug die Anzahl der städtischen Armen und armen Kranken 3448, davon 891 Almosenempfänger, 229 Waisen- und Pflegekinder, 99 Hospitaliten, 2141 Kranke im städtischen Lazareth, 8 Kranke in der Kaiserlichen Anstalt, 37 Irre im Stadt-Lazareth (33) und in den Irrenanstalten zu Dwinsk und Romanowko. — Außerdem empfingen 132 Personen außerordentliche Unterstützungen und 17 die Reisende Beihilfe. Es kam demnach ein Almosenempfänger auf 53, ein Waisen- oder Pflegekind auf 207, ein Hospitalit auf 480, ein Stadt-Lazarethkranke auf 22, ein Irre auf 1285 Einwohner. Die Zahl der Almosenempfänger hatte sich gegen das Jahr 1866 um 86 vermehrt. — Die Kosten der Armenpflege betrugen 46,372 Thlr., (etwa $\frac{1}{3}$ der städtischen Ausgaben), davon 3301 Thlr. für Gehälter, 16,475 Thlr.

Unterstützungen der Armen mit Geld 12,837 Thlr. an Verpflegungs-
für sämtliche städtische Arme, 4802 Thlr. für Bekleidung u. s. w.,
6 Thlr. für Kar- und Medizinkosten u. s. w. Auf jeden Einwohn-
Polen kommen demnach im Durchschnitte jährlich 1 Thlr.
3 Gr. für die Armen. Die Ausgaben für die Armenpflege waren
den das Vorjahr um 1610 Thlr. gestiegen. Etwa $\frac{1}{2}$ der Kosten für die-
se, nämlich 31,834 Thlr., wurden durch Zuschuß aus der Kammereinkasse ge-
deckt; 200 Thlr. wurden als Zuschuß aus der Reg.-Hauptkasse gewährt, während
aus diesem Zwecke derwende die Wildpreitssteuer 146 Thlr. ergab. An Geschenken
den Armen gingen ein 897 Thlr., davon 607 Thlr. als unverwendet
lebender Restbestand von dem Unterstützungsverein für Ostpreußen und
Polen, 150 Thlr. von dem Komitee zum Emplane der Gäfte aus
Galien, 100 Thlr. vom Kaufmann L. Jaffe für verschämte Arme. Das
Gesamtvermögen des Armenfonds betrug 67,859 Thlr., 1462 Thlr. mehr
im Vorjahre.

Generalversammlung des Vorschufvereins. (Schluß)
 Wahl der Einschlags-Kommission für den Aussch.
 Ausflußmitglieder eines Darlehens Seitens des Vereins bedürfen,
 den ihr Verhältnisse nach den Statuten von einer dazu bestimmten Ein-
 schlags-Kommission geprüft. In dieselbe werden gemäß die Herren

6) Ausscheidung von Mitgliedern. Da eine Anzahl von Mit-
bahren ihre Beiträge seit länger als 3 Monaten schulden, oder sich gewei-

Wenn, das neue Statut zu unterschreiben, so wird der Antrag gestellt, ob wegen Nichterfüllung der statutenmäßigen Verpflichtungen aus dem Stande, als ausgeschieden zu betrachten. Die Versammlung ist damit ein-

Die Anzahl dieser ausscheidenden Mitglieder beträgt 22. Der Antrag auf Stellung unter das neue Genossenschaftsstatuten vom 4. Juli 1868 und die daraus folgende Abänderung Statuten. Herr Dr. Jochmus weist als Referent darauf hin, daß neue Genossenschaftsstatuten...

— **Holzdiebstähle.** Während der Winterszeit werden nicht allein Steinfloßen von dem Lagerplatze in der Nähe des Bahnhöfes und von den Transportwagen herab gefloßen, sondern selbst werthvolles Kucholz ist vor den Dieben nicht mehr sicher. So bemerzten gestern Abend um etwa 7 Uhr vier Knaben im Alter von etwa 13 bis 14 Jahren, daß mehrere verdächtige Personen damit beschäftigt waren, eigene Fackstäbe von dem Hofe eines Wöhrtheimerst auf der Kleinen Gerberstraße zu stehlen. Die beherzten Knaben hielten den einen der Diebe, ein bereits bestraftes Individuum, welcher von dem Hofe die Stäbe herablangte, fest und transportirten ihn mit

anerkennungswürdigem Eifer nach dem Polizeidirektorium. Die andern Diebe liefen davon.

Neustadt v. B., 23. Januar. Ich weiß wohl, daß die Väter der Stadt sich wieder empfindlich berührt glauben werden, wenn ich über die hiesige Straßenbeleuchtung referire. Ich will dies jedoch nur in aller Bescheidenheit, da sie uns bereits von der antediluvianischen insoweit befreit haben, daß wir in den finstern Nächten nicht im Dunkeln zu wandeln brauchen. Aber die 9 Petroleumlampen reichen lange nicht für die hiesige Stadt aus, denn die meisten Straßen bleiben unerleuchtet, und dort, wo die Lam-

pen ihr Licht geben, es ist auch nicht weiter damit her, denn dies erfreut sich nur auf eine sehr kurze Strecke. Für den nächtlichen Wanderer sind die einzelnen Lampen nur Lichtpunkte, nach welchen er sich richtet, gleich dem Segler jener oder dieser Stern. Die Straßen bleiben unbeleuchtet, und dazu trifft es nicht selten, daß eine oder die andere Lampe bald nach dem Anführen wieder erlischt. Allerdings hilft auch die Einrichtung, daß jeder Schänker verpflichtet ist, vor seiner Thür ein Dellampchen, aus der großen Verlegenheit. Wie weit jedoch dies sein Licht verbreitet, kann man sich wohl denken, da die Verpflichteten ohnehin schon pärrlich genug mit dieser Beleuchtung umgehen. Leichtsinrige Nachtwandler können sich bei solcher Beleuchtung selbst an den Tagen, wo kein Mondschein im Kalender steht, ohne Gefahr für ihr Leben kaum von einem nach dem andern Hause durcharbeiten. Eine Vermehrung der Straßenlaternen wäre daher schon sehr wünschenswerth, sollen wir uns des Wohlgenusses einer Straßenbeleuchtung erfreuen.

Neutomyhl, 21. Januar. Der Regierungsrath Schüd aus Posen befindet sich zur Zeit hier, um die Expropriation der Grundstücke derjenigen Eigenthümer vorzunehmen, die sich nicht mit der ihnen gebotenen Entschädigung für die Ländereien zufrieden erklärt haben, welche zum Bau der Märkisch-Posener Eisenbahn entnommen sind. Die Verträge werden unter Zuziehung des Kreisgerichts zu Grätz dem Vernehmen nach morgen hier abgeschlossen werden. Nachdem im Wesertzer und dieselbigen Kreise so weit das Plenum fertig ist, die Schwellen und Schienen gelegt sind und auch die Telegraphen-Leitung längs der Bahn geführt ist, haben, von der bis vor Kurzem milden Witterung begünstigt, die Hochbauten in den Fundamenten begonnen. — Nachdem vorgeföhrt der erste Schneefall eingetreten, ist die Kälte bei durchgem heiterem Himmel strenger geworden und hat eine Höhe von 15 Grad erreicht. Man hofft, daß diese Witterung zur Befestigung der typhösen Krankheiten beitragen wird, die seit längerer Zeit in hiesiger Gegend herrschen und viele Opfer jedes Alters auf dem platten Lande gefordert haben. (Kra.-Btg.)

Adelnauer Kreis, 22. Jan. [Schlachta's Ergreifung.] Der in mehreren Nummern Ihres geschätzten Blattes, zuletzt in Nr. 237. und Nr. 19. d. B. geschilderte, verächtliche Raubhüz und entpurrnende Sträflin Anton Schlachta aus Dpizewo, Krotoschiner Kreises, wurde gestern Nachmittags gefangen. — Die vielfachen Parcoullen, Haus- und Terrainsuchungen zu Tages- und Nachzeiten, hatten endlich die Spur auf ein Haus hingelenkt, dessen Besizer, der Wirth und Schneider Anton Kowalski, zu Jasolek pustkowie ist, und das sich durch die isolirte Lage und die Nähe des kaum 500 Schritt vom dem zur Herrschaft Pogorzbow gehörigen Waldes ganz besonders zum Aufenthalt für einen verfolgten Verbrecher eignet. Nachdem gestern Vormittags der Gendarm Belz in Raschkow Gemisheit hatte, daß Schlachta in dem oben genannten Schloße sich wegen der strengen Kälte aufgehalten, unternahm er in Gemeinschaft der in Ostrowo stationirten Gensdarmen, unter Leitung des Kreiswachtmeisters Meier, eine Abfuchung des Wohnschloßes. Als die nähere Vorrichtungsbefehl anordnet, begann

der qu. Wirtshaus. Als die nötige Vollzugsmaßregel angeordnet, begab sich Belg mit dem Kameraden Bronke in das Haus. Schon glaubte man den Vogel ausgeflogen, als der Ruf des am Wege nach dem Walde stehenden Wachtmeisters: „Er schießt, er schießt!“ den Gefangenen fundgab. Schlachta war auf den Knien gesunken und stand mit ausgezogenem Gewehr an dem Koffer. Als die Gensdarmen sich etwas zurückgezogen, ließ er sich

vom Dache herunter, doch hatte er stets das Gewehr zum Anschläge bereit. Auf das Avanciren der Verfolger drückte er ab und hätte fast den Gendarm Tiz getroffen. Da sich der Verfolgte noch immer nicht ergeben wollte, viel-

mehr Absicht zeigte, den zweiten Lauf seines Doppelgewehrs abzufeuern, feuerte Fußgendarm Bronte aus seiner neuen Bündnadelbüchse — welche er unlängst empfangen — das erste Mal gebrauchte — auf Schlächta ab. Das Geschäß war oberhalb des rechten Auges in den

Derselbe fiel nieder. Das Gesicht war bleich, die Augen in den Höhlen eingesenkt. Er schloß die Augen. Noch immer unsicher, ob der Gefallene, welcher von den Gendarmen umgeben, auch der Gesuchte sei, rekonnozierte ihn der herzugekommene Kürschner Thomas Kurnatowski aus Kaschlow. Auf die Frage, ob der Gefallene, ob er Schlichte sei und auf den Gendarm Ruder aus-

Bekanntmachung.

Für die hiesige Fortifikation sind bis ult. April c. 228 laufende Fuß 4 Fuß breite und 363 laufende Fuß 3 1/2 Fuß breite Trottoir-Platten von Granit anzuliefern.

Lieferungsluftige wollen bis zum 12. Februar c., früh 11 Uhr, ihre Offerten mit der Aufschrift: „Offerten auf Lieferung von Granitplatten“ versiegelt hierher einreichen.

Die Bedingungen sind im hiesigen Bureau einzusehen oder werden auf Verlangen gegen Entrichtung von 5 Sgr. Kopialien verabfolgt.

Posen, den 23. Januar 1869.

Rgl. Festungs-Bau-Direktion.

Am Dienstag den 26. d. M., Vormittags 10 Uhr, sollen in dem hiesigen Königl. Magazin Nr. 1. Roggenkleie, Fußmehl, Begeß und Heusamen, sowie alte Mehlfässer öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Posen, 18. Januar 1869.

Königliches Proviant-Amt.

Nothwendiger Verkauf.

Königl. Kreisgerichts-Kommission zu Schwerin a. W.

Das im Kreise Birnbaum im Dorfe **Liebusch** unter Nr. 26. belegene, der verehelichten **Bergemann Gertrude** geb. **Gleich** gehörige Grundstück, bestehend aus 87 Morgen 163 □ R. Acker und Wiesen, Forstlich und Hof- und Baustellen, abgetheilt auf 5005 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur unseres Gerichts einzusehenden Tage, soll

am 13. Mai 1869,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren desfallsigen Ansprüchen bei uns zu melden.

Die Erben der verstorbenen Ausgebirger **Joachim Rammchen** und **Anna Rosina** geb. **Schache** werden hierdurch öffentlich vorgeladen.

Schwerin a. W., den 9. Oktober 1868.

In dem Konkurse über den Nachlaß des Hauptmanns **Karl August Friedrich Witthoef** ist der Bankagator **Lichtenstein** zu Posen zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Posen, den 18. Januar 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

Posen, den 19. Januar 1869.

Eichenrinde-Verkauf pro 1869, in der Forst-Inspektion **Posen-Birnbaum**, Regierungsbezirk Posen,

Königl. Oberförsterei **Bolewice**, Schutzbezirk Aufsicht in den Schlägen 15 und 16, von 20. bis 30-jährigen Stodauschlägen, voraussichtlich ca. 210 Ctr. Spiegelrinde.

Termin: **Dienstag den 23. Februar c.**, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthofe zu **Bolewice** (an der Pinné-Tischlergasse) bei **Neustadt b. S. P.**, vor dem Herrn Oberförster **Schäffer**.

Der Forstmeister

V. Alvensleben.



Ein sehr nahrhaftes Hotel in der Provinz ist Familienverhältnisse halber sehr billig mit 3000 Thaler Anzahlung zu verkaufen. Ernstliche Reflektanten wollen ihre Offerten in der Exped. dieser Zeitung sub 76. niederlegen.

Die Herren Gutsbesitzer,

welche einen günstigen Verkauf oder eine Verpachtung ihrer Besitzung wünschen, bitte ich um recht baldige werthe Aufträge. Kauf- und Pachtlust versprechen bei den gütst. friedl. Auskäufen recht rege zu werden; es haben sich schon viele ernste und vermögende Käufer u. Pächter an mich gewendet. Auf die nahe

Pacht-Saison (Johanni) mache besonders aufmerksam. **Herrn. Lesser**, langj. Güter-Agent, Berlin, Bauhof 1.

(NB. Für reelle Geschäftsweise u. Discretion meinerseits bürgen die besten Referenzen.)

Handelschule und kaufmännische Hochschule zu Gera.

Am 2. April d. J. Beginn des neuen Schuljahres auf der seit 22 Jahren in immer erhöhtem Maße durch das Vertrauen von Eltern und Vormündern des In- und Auslandes geehrten Geraer Handelslehranstalt. In ihrer unteren Abtheilung (eigentliche Handelschule) 1-3-jähriger Cours, 32 Stunden wöchentlich, für Jüngere, bis zu 17 Jahren, auch in Verbindung mit praktischer Lehre; in ihrer oberen, seit 6 Jahren bestehenden, akademisch eingerichteten Abtheilung (kaufm. Hochschule), 34-36 Stunden wöchentlich (Auswahl unter den Kollegien gestattet), 1-jähriger Cours, für Ältere. Beide Abtheilungen können für sich und in Aufeinanderfolge frequentirt werden. Pensionat.

Die Reifezeugnisse der Anstalt gelten, lt. Ministerialverfügung vom 13. März 1868, zugleich als Qualifikationsatteste für den einjährigen Freiwilligendienst in der norddeutschen Armee.

Näheres durch die Prospekte.

Gera, 21. Januar 1869.



Vom 1. März c. ab tritt ein neuer Tarif für die Beförderung von baarem Gelde, Papiergelde und geldwerthen Papieren im Lokal-Verkehr auf den unter unserer Verwaltung stehenden Bahnen in Kraft.

Exemplare des neuen Tarifs sind vom gedachten Tage ab auf allen unsern Stationen käuflich à 2 Sgr. pro Stück zu haben.

Breslau, den 22. Januar 1869.

Königliche Direktion

der Oberschlesischen Eisenbahn.

Handels-Register.

Die in unserm Firmen-Register unter Nr. 975. eingetragene Firma **Hugo Banditz** zu Posen ist erloschen.

Posen, am 20. Januar 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Sprzedaz konieczna.

Królewskiego Sądu powiatowego Komisya II. w Skwierzynie n. W.

Nieruchomość w powiecie Międzychodzki, w wsi **Lubikowie** pod Nr. 26 położona, do zameknień **Bergemann, Henryk** z domu **Gleich**, należąca, składająca się z 87 mórg 163 □ pretów roli, łąk, ziemi torfowej i podwórza, także miejsc zabudowania, oszacowana na 5005 tal. wedle taksy, mogącej być przejranej wraz z wykazem hipotecznym i warunkami w registraturze naszego sądu, ma być

dnia 13. Maja 1869.

przed południem o godzinie 11. w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedana.

Wierzyteli, którzy dla pretensyi realnej nie okazującej się z księgi hipotecznej, zaspokojenia z ceny kupna poszukują, winni się z swemi pretensyami do nas zgłosić.

Spadkobiercy zmarłego wyucznika **Jana i Anny Rożyny** z domu **Schache-Kaemmerchen** niniejszem się publicznie zapowiadają.

Skwierzyna n. W., dn. 9. Października 1868.

Verpachtung.

Das im Großherzogthum Posen, Kreis **Protoschin**, 2 Meilen von der Kreisstadt, 5 Meilen von der Eisenbahnstation **Rawicz** belegene, gräflich **Stolberg-Wernigerodische** Rittergut

Wziachow,

mit den Vorwerken **Malgow, Stawy** und **Nowiny**, ein Gesamt-Areal von circa 4330 Morgen enthaltend, worunter an

Hof- und Baustellen ca. 24 Morgen, Garten 142

Ackerland 3581

Wiesen 287

Weiden 100

Wege, Gräben etc. 196

joll vom 1. Juli d. J. ab auf 12 oder 18 Jahre verpachtet werden.

Reflektanten wollen sich bis zum 15. März c. bei dem Unterzeichneten melden, wo sie die Pachtbedingungen einsehen können.

Zur Ueberrahme der Pachtung ist ein disponibles Vermögen von wenigstens 30,000 Thaler erforderlich.

Radetzki bei Kozmin, den 23. Januar 1869.

Der Gräflich Rentamtmann

Reinhold.

Dominium Gasawy hat 200 Morgen Waldboden

zu verpachten oder zu verkaufen.

Ein Obersekundaner wünscht noch einige Stunden zu geben. Näh. bei Ch. Kauf, Schlossstr. 4.

Pensions-Anzeige.

Zu Ostern können in mein Pensionat noch einige junge Mädchen aufgenommen werden. Eintritt am 5. April. Nähere Auskunft durch das Programm, so wie durch Herrn Superintendent **Gennicke**, Herrn Bürgermeister **Schneider** und Herrn Pastor **Waltther** zu Sagan.

Helene From,

Vorsteherin der höheren Töchterschule zu Sagan.

Vom 28. Januar bin ich täglich früh von 10 Uhr „für Zukleidende“ im Hôtel de Rome zu konsultiren.

Elisabeth Kessler,

Führerin aus Berlin, z. Z. „Hôtel de Rome“ in Posen.

Roßbühne und birkene Felgen werden **Gräben Nr. 12** durch den An- weiser **Ritter** auch im Einzelnen billig

verkauft.

Einjährige Kiefernplanzen,

fräftig, mit vorzüglicher Wurzelbildung werden franko Bahnhof **Thorn** exkl. Emballage zu nachstehenden Preisen verkauft:

1-1000 Schöß, à Schöß 6 Pf., 1-2000 Schöß, à Schöß 15 Thlr., 1-3000 Schöß, à Schöß 13 Thlr. 10 Sgr., 1-4000 Schöß, à Schöß 11 Thlr. 20 Sgr., von 4000 Schöß an à Tausend Schöß 10 Thlr.

Proben auf Verlangen. Forsthaus **Wudek**, Bahnhof **Thorn**, den 9. Jan. 1869.

Die Forstverwaltung.

Die I. Sorte obereschlesischer Stückkohlen

verkaufe ich in Waggons von 30, 45, 54 und 60 Tonnen Inhalt, ab Bahnhof Posen zum Preise von 36 Thlr. 10 Sgr. die 30 Tonnen und liefere von dieser Sorte auf gefällige Bestellung franko vors Haus oder auf Lager

und größere Partien zu obigem Preise unter Zuschlag von 2 Sgr. pro Tonne Anfuhr und event. 1 Sgr. pro Tonne für aufs Lagerfahren.

Meine Lieferungen finden nur direkt aus den Waggons nach Grubenmaas statt, da ich Niederlagen nicht hatte.

Rudolph Rabsilber,

Expéditeur.

In **Pogorzelska**, unter Aufsicht des Hofmeisters **Durzak**, sind mit 10 Klöße, und in **Schrimm** unter **Wankiewicz** 5 Klöße geschnittene, beschlagene und runde Bauhölzer verwintert, und offerirt solche an Ort und Stelle

flöß- oder tafelförmig zum Verkauf.

Julius Jaffe, Posen.

Kunst- und Handelsgärtnerei von **Albert Krause**, Posen, Schützenstraße 13 und 14, unweit der Cegielskischen Fabrik, empfiehlt: Blattplanzen, blühende Topfgewächse, Ball- und Rosillon-Bouquets, Kränze etc.

Aufträge von außerhalb werden mit Pünktlichkeit und Sorgfalt ausgeführt und für Emballage nur die baaren Auslagen berechnet.

Niesen-Runkelrüben-Saamen, gelber Pöhl'scher Gattung, verkauft den Schefel zu 5 Thlr. 10 Sgr., und die Mege zu 10 Sgr.

Vorwerksbesitzer in **Kiecko**.

In **Netchendorf** bei Schwerin in Mecklenburg hat in der **Regretti-Stammheerde** der Bockverkauf wieder begonnen, nachdem die Schußpocken geimpft.

von Schack.

Auktion

über 50 Rambouillet-Vollblut-Böcke zu **Gollmig** bei **Prenzlau**, Uckermark, am 6. Februar, Mittags 12 Uhr.

Verzeichnisse werden auf Wunsch franko über sandt.

Auf dem Dominium **Rościno** bei Schöken stehen zwölf fette Ochsen zum Verkauf.

Auktion

über 50 Rambouillet-Vollblut-Böcke zu **Gollmig** bei **Prenzlau**, Uckermark, am 6. Februar, Mittags 12 Uhr.

Verzeichnisse werden auf Wunsch franko über sandt.

Auf dem Dominium **Rościno** bei Schöken stehen zwölf fette Ochsen zum Verkauf.

Auktion

über 50 Rambouillet-Vollblut-Böcke zu **Gollmig** bei **Prenzlau**, Uckermark, am 6. Februar, Mittags 12 Uhr.

Verzeichnisse werden auf Wunsch franko über sandt.

Auf dem Dominium **Rościno** bei Schöken stehen zwölf fette Ochsen zum Verkauf.

Auktion

über 50 Rambouillet-Vollblut-Böcke zu **Gollmig** bei **Prenzlau**, Uckermark, am 6. Februar, Mittags 12 Uhr.

Verzeichnisse werden auf Wunsch franko über sandt.

Auf dem Dominium **Rościno** bei Schöken stehen zwölf fette Ochsen zum Verkauf.

Auktion

über 50 Rambouillet-Vollblut-Böcke zu **Gollmig** bei **Prenzlau**, Uckermark, am 6. Februar, Mittags 12 Uhr.

Verzeichnisse werden auf Wunsch franko über sandt.

Holzverkauf.

Unter den in nachstehenden Terminen bekannt zu machenden Bedingungen sollen circa 600 Stüd Kiefern-Schnitten und Langhölzer, sowie 500 Klafter Kiefern-Kloben vom vorjährigen Einschlage und andere Brennholz öffentlich verkauft werden. Es sind dazu folgende Termine angesetzt:

a) für das zu beiden Seiten ganz in der Nähe des schiffbaren Bartheleims belegene Forstrevier **Obryczko**, worin die größte Stückzahl der zum Verkauf gelangenden starken Hölzer liegt, auf

Montag den 1. Februar c.,

Vormittags 10 Uhr, in **Obryczko** (Obryczko) im Gasthause der **Madame Grünberg**;

b) für das circa 2 Meilen von der Rege entfernt liegende Forstrevier **Wyszyn**, worin die Klobenhölzer stehen, auf

Mittwoch den 3. Februar c.,

Vormittags 10 Uhr, im Forsthaus **Grünwald** bei **Thorn**.

Die Langhölzer sind größtentheils von starker und bekanntlich guter Qualität, was namentlich auch in Bezug auf die Schneidehölzer der Fall ist. — Für das Revier **Obryczko** besitzt die Forstverwaltung eigene Ablagen, die den Herrn Käufern zur Mitbenutzung überlassen werden. — Die Hölzer liegen zur Ansicht bereit. **Grünberg b. Obryczko** (Obryczko), den 22. Januar 1869.

Gräflich **Raczynski'sches** Forstamt.

Holzkohlen à 6 1/2 Sgr. der werden **Graben Nr. 12 B.** durch den **Abt.** wärter verkauft.



EAU DES FÉES

allein zur Welt-Ausstellung von 1867 zugelassen, allein belohnt in der Ausstellung in Havre 1868, patentirt als Lieferant S. R. S. des Prinzen Napoleon.

Präparirt nach der Methode des Dr. Morel.

Das **EAU DES FÉES** (Wasser der Feen) hat das Problem der progressiven Haarfärbung für Bart und Haupthaar definitiv gelöst. Man kann mit Wahrscheinlichkeit behaupten, daß es der höchste und letzte Ausdruck der auf die Kunst des Chemikers angewandeten Wissenschaft ist. Es hat mithin nichts gemein mit jenen gesundheitswidrigen und selbst gefährlichen Präparationen, welche dem Publikum täglich dargeboten werden. Seine Anwendung ist außerordentlich leicht; mit dem **EAU DES FÉES** kann man sich Haare und Bart selbst in allen Nuancen färben.

Madame Sarah Félix

hat sich zur Verbreiterin dieses wahrhaft wunderthätigen Wassers gemacht.

Haupt-Niederlage: 43, rue Richer, PARIS. Zu haben bei den ersten Parfümeurs und Coiffeurs des Auslandes.

Karl Baschin's Leberthran.

Dieser echte, geruchlose Dorsch-Leberthran, durch die sorgfältigste Einfammung von frischen Dorscheibern gewonnen, unterliegt bei seiner Zubereitung keinem chemischen Reinigungs-Prozesse, sondern ist jodhaltig und besitzt natürliche Reinheit. Er ist in seiner vorzüglichen Heilkraft erprobt und von den ersten ärztlichen Autoritäten vorordnet gegen rheumatische Leiden, Gicht, Skropheln und Drüsen, außerdem gegen die sogenannte englische Krankheit bei Kindern, gegen Husten und Heiserkeit. Er dient als das beste Heilmittel zur Erstickung der Lungen-Schwindsucht im Keime und wird mit glücklichem Erfolge gegen die ausgebildete Lungen-Schwindsucht angewandt. Er bietet durch Verbesserung der Säfte sichere Hilfe gegen Brust-, Magen- und Hals-Krankheiten. Er ist den Herren Ärzten und dem Publikum eine um so willkommene Gabe, als es gelungen ist, denselben geruchlos und wohlgeschmeckend herzustellen, und ist den bisher verkauften, ekelregenden oder durch Preparation gereinigten Leberthranen vorzuziehen und jedem Patienten zu empfehlen.

Nicht zu übersehen!

Um Fälschungen vorzubeugen, bitte ich auf die wasserhelle und weißgelbliche durchsichtige Farbe des Leberthrans, so wie auf meinen Namen, der sich am Kopfe jeder Flasche befindet und ferner auf das Einwickelpapier, womit jede Flasche umwickelt ist, zu achten.

Zu beziehen aus den bekannten Verkaufsstellen und von

Karl Baschin,

Berlin, 29 Spandauerstraße 29.

Fenchelhonig-Extrakt

von **L. W. Egers** in **Breslau**, gegen Hals- und Brustleiden, Katarrh, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Keuchhusten etc., unfehlbar das allerbeste und vernünftigste Mittel, ist allein echt und stets frisch vorrätig bei: **Amalie Wulke** in **Posen**, Wasserstr. 8/9, **Samuel Pulvermacher** in **Gnesen**, **C. S. Schubert** in **Sissa**, **Moritz Hasse** in **Schmiegel**, **J. J. Salinger** in **Garnitz**, **Emil Sieverth** in **Schrimm**.

Elbinger Neunaugen.

per Schock incl. Fässchen 65 Sgr., und fetten imitirten Schweizer Käse, à 7 Sgr. per Pfund, gegen Nachnahme empfehlen

W. L. Fahrenholtz Nachf.

Memel.

Fenchelhonig-Extrakt

von **L. W. Egers** in **Breslau**, gegen Hals- und Brustleiden, Katarrh, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Keuchhusten etc., unfehlbar das allerbeste und vernünftigste Mittel, ist allein echt und stets frisch vorrätig bei: **Amalie Wulke** in **Posen**, Wasserstr. 8/9, **Samuel Pulvermacher** in **Gnesen**, **C. S. Schubert** in **Sissa**, **Moritz Hasse** in **Schmiegel**, **J. J. Salinger** in **Garnitz**, **Emil Sieverth** in **Schrimm**.

Elbinger Neunaugen.

per Schock incl. Fässchen 65 Sgr., und fetten imitirten Schweizer Käse, à 7 Sgr. per Pfund, gegen Nachnahme empfehlen

W. L. Fahrenholtz Nachf.

Memel.

Fenchelhonig-Extrakt

von **L. W. Egers** in **Breslau**, gegen Hals- und Brustleiden, Katarrh, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Keuchhusten etc., unfehlbar das allerbeste und vernünftigste Mittel, ist allein echt und stets frisch vorrätig bei: **Amalie Wulke** in **Posen**, Wasserstr. 8/9, **Samuel Pulvermacher** in **Gnesen**, **C. S. Schubert** in **Sissa**, **Moritz Hasse** in **Schmiegel**, **J. J. Salinger** in **Garnitz**, **Emil Sieverth** in **Schrimm**.

Elbinger Neunaugen.

per Schock incl. Fässchen 65 Sgr., und fetten imitirten Schweizer Käse, à 7 Sgr. per Pfund, gegen Nachnahme empfehlen

W. L. Fahrenholtz Nachf.

Memel.

Fenchelhonig-Extrakt

von **L. W. Egers** in **Breslau**, gegen Hals- und Brustleiden, Katarrh, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Keuchhusten etc., unfehlbar das allerbeste und vernünftigste Mittel, ist allein echt und stets frisch vorrätig bei: **Amalie Wulke** in **Posen**, Wasserstr. 8/9, **Samuel Pulvermacher** in **Gnesen**, **C. S. Schubert** in **Sissa**, **Moritz Hasse** in **Schmiegel**, **J. J. Salinger** in **Garnitz**, **Emil Sieverth** in **Schrimm**.

Elbinger Neunaugen.

per Schock incl. Fässchen 65 Sgr., und fetten imitirten Schweizer Käse, à 7 Sgr. per Pfund, gegen Nachnahme empfehlen

W. L. Fahrenholtz Nachf.

Memel.

Hafer unverändert, p. 1300 Pfd. loco 34-35 Mt., 47/50 Pfd. pr. Früh.
35 Mt. Br. u. Gd.
Erbsen unverändert, p. 2250 Pfd. loco Futter-56-57 Mt., Koch-57½
bis 58 Mt.

Heutiger Landmarkt:
Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen
62-71 52-56 46-50 34-36 55-58 Mt.
Heu 12½-17½ Sgr., Stroh 7-9 Mt., Kartoffeln 11-13 Mt.
Rüböl wenig verändert, loco 9½ Mt. Br., pr. Jan.-Februar u. Febr.-
März 9½ Br., April-Mai 9½ Br., Septbr.-Okt. 10 Br.
Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 15½ Mt. bz., mit Faß 15½
bz., pr. Januar 15½ Mt. Br., Febr.-März 15½ Br., Frühjahr 15½ bz. u. Gd.,
Mai-Juni 15½ Br.
Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.
Regulirungspreise: Weizen 70½ Mt., Roggen 52½ Mt., Rüböl
9½ Mt., Spiritus 15½ Mt.
Petroleum loco 8½, 9 Mt. bz. u. gef.
Bestand am 15. Januar: 5875 Fässer, heutiger Bestand 4311 Fässer.
Wochenabzug 1564 Fässer.
Kottasche lwa Kasan-7½ Mt. bz.
Blauholz, Domingo 2 Mt. bz. u. Gd. (Df.-Stg.)

Preise der Cerealien.
(Bestimmungen der polizeilichen Kommission.)
Breslau, den 23. Januar 1869.

	feine	mittlere	ord. Waare.
Weizen, weißer	81-83	78	70-74 Sgr.
do. gelber	77-79	75	70-73
Roggen, schlechter	64-65	63	61-62
do. fremder	—	—	—
Gerste	60-61	58	55-57
Hafer	38-40	37	34-36
Erbsen	68-72	64	58-62
Kaps	194	184	174
Rüben, Winterfrucht	184	180	170
Rüben, Sommerfrucht	174	170	162
Dotter	170	164	156

Breslau, 23. Januar. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.]
Kleeblatt, rothe matt, ordin. 9-10½, mittel 12-13, fein 13½-14½,
hochfein 15-16½. — Kleeblatt, weiße ruhig, ord. 11-13½, mittel 15-
16½, fein 18-19½, hochfein 20½-21½.
Roggen (p. 2000 Pfd.) ruhig, pr. Januar 50½ bz., Jan.-Februar u.
Febr.-März 49½ Br., April-Mai 49½ bz. u. Br., Mai-Juni 50 bz. u. Gd.
Weizen pr. Januar 63 Br.
Gerste pr. Januar 53 Br.
Hafer pr. Januar 50½ Br., April-Mai 51 bz. u. Gd.
Kaps pr. Januar 90 Br.
Lupinen wenig beachtet, p. 90 Pfd. 50-53 Sgr.
Rüböl fester, loco 9½ Br., pr. Jan., Jan.-Februar u. Febr.-März 9½
Br., März-April 9½ bz., April-Mai 9½ bz., Mai-Juni 9½ Br., Septbr.-
Okt. 10½ bz.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 23. Januar 1869.

Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	96½ bz
Staats-Anl. v. 1859	5	102½ bz
do. 1854, 55, A.	4½	94 bz
do. 1857	4½	93½ bz
do. 1859	4½	93½ bz
do. 1856	4½	94½ bz
do. 1864	4½	93½ bz
do. 1867 A.B.D.C.	4½	93½ bz
do. 1850, 52, 54, 56	4	87½ bz
do. 1853	4	87½ bz
do. 1862	4	87½ bz
do. 1868	4	87½ bz
Staats-Schuldversch.	3½	82 bz
Präm. St. Anl. 1855	3½	119½ bz
Kurs 40 Jähr. Obl.	—	55½ bz
Kurs u. Neum. Schuld	3½	79½ bz
Oberbair. Obl.	4½	—
Berl. Stadtobl.	5	102½ bz
do. do.	4½	96½ bz
do. do.	3½	75½ bz
Berl. Börz.-Obl.	5	101½ bz
Berliner	4½	93½ bz
Kurs u. Neum.	3½	75½ bz
do. do.	4½	84½ bz
Oberpreussische	3½	77½ bz
do. do.	4	83½ bz
do. do.	4½	90½ bz
Bommerische	3½	74½ bz
do. do.	4	83½ bz
Posenische	4	—
do. do.	3½	84 bz
Sächsisch	4	84 bz
Schlesisch	3½	—
do. Lit. A.	4	—
do. do.	4	—
Westpreussische	3½	74 bz
do. do.	4	82½ bz
do. do.	4	82 bz
do. do.	4½	89½ bz
Kurs u. Neum.	4	30 bz
Bommerische	4	90½ bz
Posenische	4	87 bz
Preussische	4	88½ bz
Rhein.-Westf.	4	91 bz
Sächsisch	4	91½ bz
Schlesisch	4	89½ bz
Preuss. Hyp.-Cert.	4½	100½ G
Preuss. Hyp.-Fdbd.	4½	91 G
Preuss. do. (Hentel)	4½	86 G

Ausländische Fonds.

Deutr. Metalliques	5	50½ bz
do. National-Anl.	5	54½ bz
do. 250 fl. Pr. Obl.	4	71 G
do. 100 fl. Kred. Z.	—	89 G
do. Loose (1860)	5	79 bz ult. 79
do. Pr.-Sch. v. 64	—	64½ bz [78½ bz]
do. Silb.-Anl. v. 64	5	60½ G
do. Bodenkr. Fdbd.	5	88 G
Ital. Anleihe	5	54½ bz ult. 54½
Ital. Tabak-Obl.	6	83 bz [93]
Rumän. Anleihe	5	82½ bz
Russ. v. 3. 1862	5	85½ bz
do. 1864 engl. St.	3	88½ G
do. 1864 holl. St.	5	87 G
do. 1866 engl. St.	5	88½ G
do. 1866 holl. St.	8	87 G
Präm.-Anl. v. 1864	5	118 bz
do. v. 1866	5	117½ bz
Russ. Bodenkr. Fdbd.	5	80½ bz
do. Nikolai-Obl.	4	67 G
Poln. Schatz-Obl.	4	gr 66½ bz fl 66½
do. Cert. A. 300 fl.	5	92½ G
do. Fdbd. in S. R.	4	65½ G
do. Part.-D. 500 fl.	4	97½ etw bz
do. Lian.-Fdbd.	4	56½ bz
Sinn. 10 Jähr. Loose	—	8½ bz [-½ bz]
Amerik. Anl. 1882	6	80½ bz ult. 80½
Zürich. Anl. 1865	5	38½ bz ult. 38½
Bad. 4½ St.-Anl.	4½	93½ G [93]
Neue bad. 35 fl. Loose	—	31½ bz
Bad. Off.-Pr.-Anl.	4	106½ bz
Bair. 4½ St.-Anl.	4	106½ bz
do. 4½ St.-Anl. v. 59	4½	95½ bz
Braunschw. Anl.	5	100½ G
Deffauer Präm.-A.	3½	96 bz
Lübder do.	3½	47½ G
Sächsisch Anl.	5	106 G
Braunschw. Pr.- Anl. a 20 Jähr.	5	18 G
Schweb. 10 Jähr. Z.	—	—
Florenzer Pr.-Anl.	—	—

**Bank- und Kredit-Aktien und
Antheilsscheine.**

Anhalt. Landes-Bf.	4	—
Berl. Kass.-Verein	4	156½ G
Berl. Handels-Ges.	4	125½ G
Braunschw. Bank	4	106 G
Bremer Bank	4	110½ G
Coburg. Kredit-Bf.	4	83 G
Darmstädter Pr.-Bf.	4	105½ G
Darmstädter Kred.	4	105½ G
do. Bettel-Bank	4	97 G
Deffauer Kredit-Bf.	0	2½ G

Kapskuchen gefragt, 63-65 Sgr. pr. Ctr.
Leinwand 92-95 Sgr. pr. Ctr.
Spiritus geschäftslos, loco 14½ Br., 14½ Gd., pr. Januar und
Jan.-Febr. 14½ Br., April-Mai 15½ Br., 15 Gd.
Zink fest, ohne Umfag.

Die Börsen-Kommission.
(Bresl. Fbds.-Bl.)
Bromberg, 23. Januar. Wind: S.D. Bitterung: klar. Morgens 170
Kälte. Mittags 5° Kälte.
Weizen, bunt. 128-130 Pfd. holl. (83 Pfd. 24 Lth. bis 85 Pfd. 4 Lth. Soll-
ge u.) 66-67 Thlr. pr. 2125 Pfd. Sollgew. heller 131-134 Pfd. holl. (85 Pfd.
23 Lth. bis 87 Pfd. 22 Lth. Sollgewicht) 67-68 Thlr. pr. 2125 Pfd. Soll-
gewicht.
Roggen, 47-48 Thlr. pr. 2000 Pfd. Sollgewicht.
Gerste, kleine 38-40 Thlr. pr. 1875 Pfd.
Große Gerste 44-46 Thlr. pr. 1875 Pfd. Sollgewicht.
Kocherbsen 51-53 Thlr. pr. 2250 Pfd. 3. G.
Hafer 28-30 Thlr. pr. 1250 Pfd. Sollgewicht.
Spiritus 14½ Thlr. (Bromb. Stg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 23. Januar, Nachmittags 1 Uhr. Wetter: Klarer Frost. Wei-
zen behauptet, loco 6, 25 a 7, pr. März 6, 6½, pr. Mai 6, 8. Roggen
unverändert, loco 5, 15 a 5, 20, pr. März 5, 12, pr. Mai 5, 15. Rüböl
besser, loco 11½, pr. Mai 11½, pr. Oktober 11½. Leinöl loco 10½.
Spiritus loco 19½.
Breslau, 23. Januar, Nachmittags. Fest.
Spiritus 8000 % R. 14½. Roggen pr. Januar 50½, pr. Früh-
jahr 49½. Rüböl pr. Januar-Febr. 9, pr. Frühjahr 9½. Kaps und
Zink fest.
Bremen, 23. Januar. Petroleum, Standard white, loco ange-
botener, 7½.
Hamburg, 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schwan-
kend aber sehr lebhaft.
Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco fester. Weizen auf Ter-
mine unverändert, Roggen flau. Weizen pr. Januar 5400 Pfund netto
122 Bankothaler Br., 121 Gd., pr. Januar-Februar 122 Br., 121 Gd.,
pr. April-Mai 122½ Br., 122 Gd. Roggen pr. Januar 5000 Pfund
Brutto 90 Br., 89 Gd., pr. Januar-Februar 90 Br., 89 Gd., pr. April-
Mai 91 Br., 90½ Gd. Hafer stille. Rüböl fest, loco 20, pr. Mai
21½, pr. Oktober 21½. Spiritus ruhig, pr. Januar 21½, pr. Frühjahr
20½. Kaffee fest. Zink höher gehalten. Petroleum fest aber ruhig,
loco 17, pr. Januar 16½, pro August-Dezember 16½. — Weniger kalt.
Paris, 23. Januar, Nachmittags.
Rüböl pr. Januar 79, 50, pr. Februar-April 80, 50, pr. Mai-August
82, 50. Hauffe. Mehl pr. Januar 59, 25, pr. März-April 60, 25, pr.
März-Juni 61, 00. Spiritus pr. Januar 70, 50. — Frost.
Amsterdam, 23. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.
Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen stille.
Kaps pr. April 62½, pr. Herbst 64½. — Frostwetter.

Antwerpen, 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen und Roggen geschäftslos.
Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco
59½ a 60, pr. Februar-März 58½, pr. September 61 gefordert. Sehr fest.

Meteorologisches.

In Folge des eingetretenen Frostes kann die Schifffahrt
längs der ganzen Küste als geschlossen angesehen werden. In
Swinemünde ist bereits die Fußpassage zwischen den Inseln
Usedom und Wollin eröffnet, und die Schiffe können nicht mehr
von der See aus bis zu ihren sonstigen Ankerstellen gelangen.
Als Nothhafen für verspätete Schiffe gilt Osternothhafen,
welches an dem Ausflusse der Swine mehr der See zu einge-
eisten Schiffen einen Ankerplatz gewährt.

Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 23 über dem Meer.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
23. Januar	Nachm. 2	28° 2" 66	— 9° 5	WSW	1 ganz heiter. St.
23. "	Abnds. 10	28° 2" 14	— 12° 8	WS	0-1 halbheiter. Ch.
24. "	Morg. 6	28° 3" 09	— 10° 7	WS	0-1 trübe. St.
24. "	Nachm. 2	27° 11" 45	— 3° 9	WS	2 bedeckt. St.
24. "	Abnds. 10	27° 10" 90	— 2° 9	WS	2 bedeckt. St.
25. "	Morg. 6	27° 10" 34	— 2° 6	WS	3 bedeckt. NI.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. Januar 1869, Vormittags 8 Uhr, 4 Fuß 3 Zoll

Telegramm.

Konstantinopel, 25. Jan. Gobart Pascha verließ die
Gewässer bei Syra auf das Versprechen der Stadtbehörden,
„Enosis“ werde den Hafen nicht verlassen. Der Vizekönig von
Egypten stellt zur Verfügung der Pforte im Falle eines Krieges
mit Griechenland 50,000 Mann und eine Flotte.

Charlow-How	5	77½ G
Telegraphen	5	—
Köln-Moson.	5	80 bz
Kurs-Charlow	5	78½ bz G
Kurs-Kiew	5	79½ bz
Mosk.-Kaschan	5	86½ G
Wot.-Tiflis	5	—
Kaschan-Kozlow	5	82 bz
Schuja-Ivanow	5	78 bz
Warschau-Keresp.	5	77½ bz fl 78½
Warschau-Wiener	5	82 bz
Schleswig	5	88½ bz
Stargard-Posen	4	—
do. II. Em.	4	89 G
do. III. Em.	4	89 G
Thüringer I. Ser.	4	87½ bz B
do. II. Ser.	4	91½ bz
do. III. Ser.	4	86 G
do. IV. Ser.	4	94½ bz

Eisenbahn-Aktien.

Nachn.-Maftricht	4	34½ bz
Altona-Kiel	4	109 bz G
Amsterd.-Rotterd.	4	94 bz
Bergisch-Märkische	4	129½ bz
Berlin-Anhalt	4	187 bz
Berlin-Görlitz	4	77-76½ bz
do. Stammprior.	5	93 bz B
Berlin-Hamburg	4	159 bz G
Berl.-Potsd.-Magd.	4	184½ bz G
Berlin-Stettin	4	129½ bz
Böhm. Westbahn	5	71½-72½ bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4	112 bz
Brieg-Neiße	4	96 bz
Cöln-Minden	4	117½ bz
do. Litt. B.	5	100½ bz
Cöln-Elb. (Wlth.)	4	113½ bz
do. Stammprior.	4	111½ bz
do. do.	5	111½ bz
Galiz. Carl-Ludwig	5	91½ bz
Halle-Sorau-G.	4	67½ G
do. Stammpr.	5	85½ bz G
Lobau-Bittau	4	51½ bz G
Ludwigshaf.-Bergb.	4	153 bz
Märkisch-Posen	4	64½ bz
do. Prior.-St.	5	83½ bz
Magdeb.-Halberst.	4	141½ bz G
do. Stamm-Pr.B.	3½	70 bz
Magdeb.-Leipzig	4	198 et bz n. —
do. do. Lit. B.	4	90½ bz B
Mainz-Ludwigsh.	4	131½ bz G
Medlenburger	4	73½ bz
Münster-Hammer	4	89 G
Niederh.-Wartl.	4	88½ bz
Niederh. Zweigb.	4	80½ bz

Wechsel-Kurse vom 23. Januar.

Bankdiscont	4	—
Amst. 250 fl. 102	2½	142½ bz
do. 2 M.	2½	141½ bz
hamb. 300 Mt. 82	3	150½ bz
do. 2 M.	3	150½ bz
London 1 Mtr. 3 M.	3	6 23 bz
Paris 300 fr. 2 M.	3	80½ bz
Wien 150 fl. 82	4	84 bz
do. 2 M.	4	83½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 26 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	4	56 26 G
Leipzig 100 fl. 2 M.	4	99½ G
do. 2 M.	4	99½ G
Petersb. 100 R. 3 M.	5	92½ bz
do. 3 M.	5	90½ bz
Warschau 90 R. 82	6	83 bz
Wien 100 fl. 82	3½	110½ bz

Die Preise der Wiener Notierungen hatten die Börse heute fest gehalten und war das Geschäft im Ganzen angeregt. Die Preise in Lombarden machten aber keine weiteren großen Fortschritte, weil schon Realisations-
austraten und der Fortgang der Preise hemmten. Auch Franzosen, Lombarden und Kredit waren belebt, 1860er Loose und Lombardische Prioritäten sehr animirt. Eisenbahnen fest, Görlitzer sehr belebt und steigend, auch Kofel-
und Märkisch-Posener waren höher und in gutem Verkehr. Stamm-Prioritäten durchweg angenehm und belebt. Inländische Fonds waren bei mäßigem Geschäft behauptet; Pfand- und Rentenbriefe gleichfalls fest, aber still. Deutsche
Fonds wenig verändert, badische und bayerische Prämien-Anleihen lebhaft. Braunschweiger 18 Br. Prioritäten still, incl. behauptet, russische fest, österreich. etwas matter. Sächsisch Hypotheken-Pfandbriefe 58 bezahl. — Wechsel wenig verändert und in mäßigem
Verkehr. — Rumänische Eisenbahn-Obligationen wurden viel gehandelt.

Breslau, 23. Januar. Die Börse war im Allgemeinen fest und belebt; das Geschäft beschränkte sich
jedoch nur auf wenige Devisen, welche von Wien und Berlin höher gemeldet wurden. Zu letzteren gehörten österreich.
Kredit-, Oberschlesische und Oder-Ifser-Eisenbahn, sowie Minerva-Bergwerks-Aktien. In letzteren beiden Papieren
war der Umsatz sehr bedeutend; doch schlossen deren Kurse wesentlich niedriger, als sie eingeleitet hatten. Fremde
Anleihen waren behauptet, jedoch vollkommen geschäftslos.
Offiziell gekündigt: 5000 Quart Spiritus.

Schlussskurs. Deutscher Loose 1860 79 Br. do. 1864 —. Bayerische Anleihe —. Minerva 47-45½-46½ bz u. G.
Schlesische Bank 117 bz. Deutr. Kredit-Bankaktien 109½ G. Oberschlesische Prioritäten 75½ B. do. do. 83½ B. do.
Lit. F. 90 G. do. Lit. G. 88½ G. Rechte Oder-Ifser-Bahn St.-Prior. 94½ bz u. G. Breslau-Schweidnitz-Freib.
112 B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 178½ G. Lit. B. 161 G. Rechte Oder-Ifser-Bahn 89½-89½ bz. Kofel-Ober-
berg 112½-13 bz u. B. Amerikaner 80 G. Italienische Anleihe 54½ bz.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fest. Nach Schluß der Börse fest.
Kreditaktien 254½, 1860er Loose 78½, Lombarden 224½, Staatsbahn 309½, Amerikaner 79½.
Schlussskurs. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 79½. Türken —. Deutscher Kreditaktien 255. Deutscher-
franz. St.-B.-Aktien 308½. 1860er Loose 78½. 1864er Loose 114. Lombarden 225.
Frankfurt a. M., 23. Januar, Abends. Effekten-Societät. Amerikaner 79½, Kreditaktien 256,
Staatsbahn 310½, neuerfreie Anleihe 52½, Lombarden 223½, 1860er Loose 78½, Nationalanleihe 53½, Anleihe de 1859
63½. Bewegt.

Wien, 23. Januar. (Schlussskurs der offiziellen Börse.) Hauffe.
Schlussskurs. National-Anlehen 66, 25 Kreditaktien 260, 00. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 318, 25. Galizier
215, 25. London 120, 85. Böhmische Westbahn 169, 50. Kreditloose 159, 25. 1860er Loose 93, 70. Lombard.
Eisenbahn 229, 50. 1864er Loose 114, 90. Silber-Anleihe 71, 00. Napoleonsd'or 9, 63½.

London, 23. Januar, Nachmittags 4 Uhr.
Schlussskurs. Konsols 93½. Italien. 5% Rente 53½. Lombarden 19. Türk. Anleihe de 1865 88½.
8% Rumänische Anleihe 81. 6% Vereinigt. St. pr. 1882 75½.

Paris, 23. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Fest.
Schlussskurs. 3% Rente 70, 25-70, 37½. Italienische 5% Rente 54, 70. Deutscher Staats-Eisenbahn-Aktien
658, 75. Kredit-Mobiliar-Aktien 275, 00. Lomb. Eisenbahnaktien 477, 50. do. Prioritäten 231, 87. Tabak-Obl.
gationen 418, 00. 6% Ver. St. pr. 1882 (ungef.) 85½.
Liverpool (via Haag), 23. Januar, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 12,000
Ballen Umfag. Fest.
Middling Orleans 11½, middling Amerikanische 11½, fair Dhollerah 9½, middling fair Dhollerah 9½, good
middling Dhollerah 9, fair Bengal 8, New fair Domra 9½, Pernam 12½, Smyrna 10½, Egyptische 13, schwim-
mende Orleans 11½, schwimmende Domra —.